

SCHWEIZER FREISINN

Aus den Kantonen E-Voting	2/3 5	FDP goes Social Media Sessionsausblick	8 11	Unter Freisinnigen Vereinbarkeit von Familie/Beruf	12 15–17	Interview Abstimmungen	18/19 20/21/22
------------------------------	----------	---	---------	---	-------------	---------------------------	-------------------

34. Jahrgang / Erscheint sechsmal jährlich / Offizielles Organ der FDP. Die Liberalen

Inhalt

Selbstbestimmung der Frau

Die *FDP. Die Liberalen Frauen* kämpfen vehement dafür, dass Abtreibungen weiterhin von der Grundversicherung übernommen werden und so die Selbstbestimmung der Frauen nicht eingeschränkt wird, wie dies eine ultrakonservative Initiative verlangt.

Seite 4

Neue Führung

Die Jungfreisinnigen Schweiz werden seit Mitte April erstmals von einem Co-Präsidium geleitet. Philippe Nantermod und Maurus Zeier wollen die Jungfreisinnigen mit viel Elan und Motivation voranbringen. Lesen Sie dazu den Bericht und die Ansprache von Philippe Nantermod.

Seiten 6 und 7

Familie und Beruf unter einem Hut

Damit Familien frei wählen können, wie sie ihr Leben gestalten, braucht es die richtigen Rahmenbedingungen. An ihrer Delegiertenversammlung vom 22. Juni 2012 in Saint-Maurice wird die *FDP. Die Liberalen* mittels eines Positionspapiers diverse Forderungen aufzeigen. Erfahren Sie in dieser Ausgabe, wie sich unsere Politiker für ein Zusammenspiel von Familie und Beruf einsetzen.

Seiten 15 bis 17

Interview mit Philipp Müller

«Ich juble, wenn die FDP bei Wahlen zulegt»

Seit seiner Wahl am 21. April lernt unser neuer Parteipräsident Philipp Müller die Schweiz auf einer Tour de Suisse intensiv kennen. Sein Terminkalender platzt aus allen Nähten, er eilt von Parteiversammlungen über Wahlveranstaltungen zu Sektions-treffen und Strassenaktionen und verbreitet mit viel Elan und Freude seine ansteckende Motivation, für die FDP einzustehen. Auch der neue Vorstand machte sich mit Begeisterung ans Werk.

Im Interview mit dem «Schweizer Freisinn» spricht Philipp Müller über seine ersten Erfahrungen als Parteipräsident. Seine Ziele und seine Ideen kommen dabei ebenso zur Sprache wie die Frage, wie er seinen Wecker behandelt. Zudem zeigt Philipp Müller auf, wie die Schweiz in der aktuellen Krisenzeit bestehen kann. Dazu fordert er ein Zusammenstehen der Bevölkerung und eine Fitnesskur für unseren Staat.

Seiten 18 und 19



«Ich empfinde das Parteipräsidium nicht als Arbeit» – Philipp Müller im Interview.

FDP.Die Liberalen Graubünden

Silvio Zuccolini 25 Jahre Pressechef – und noch kein bisschen müde!



Silvio Zuccolini

Im Protokoll der Parteileitungssitzung der FDP Graubünden vom 27. April 1987 heisst es kurz und bündig: «Neuer Pressechef: Silvio Zuccolini.» Seitdem hat Silvio Zuccolini mehreren tausend Pressemitteilungen verfasst. Es vergeht kein Tag, auch kein Sonntag, an dem er nicht den Blätterwald auf der Suche nach wichtigen Nachrichten durchforstet, diese «triagiert» und den interessierten Kreisen weiterleitet, archiviert und dazu Entwürfe für Stellungnahmen ausarbeitet. Die Medien haben «Zucco» immer wieder als jenen Parteipressechef gelobt, der die «aktivste» und «umfassendste» Informations- und Medienarbeit gewährleistet und erst noch am schnellsten reagiere!

Wie kamen Sie zur Funktion des Pressesprechers innerhalb der Bündner FDP?

Basierend auf meinen Erfahrungen aus der Armee habe ich in der damaligen FDP Parteileitung beanstandet, dass die Öffentlichkeitsarbeit unserer Partei nicht gerade optimal sei. Also wählte bzw. bestimmte man mich am 27. April 1987 zum ersten Pressechef der FDP, und seitdem habe ich die Medienarbeit, d.h. Öffentlichkeitsarbeit der FDP auf- und ausgebaut.

Sie arbeiten ehrenamtlich. Wie viele Stunden pro Woche kommen da zusammen?

Das ist «Amtsgeheimnis»! Ich arbeite so viel für die FDP, dass man dies fast nicht beziffern kann. Auf jeden Fall gäbe es sicher eine Vollzeitstelle. Selbstverständlich habe ich noch andere Interessen. Ich spiele intensiv Tennis, inkl. Interclub-Meisterschaften, und das Hüten unserer drei wunderbaren Enkel, Niklas, Sophia und Lilly macht mir grosse Freude. Zudem bin ich für die Medienarbeit der Bündner Spitäler zuständig (ich war über 40 Jahre Spitaldirektor in Thusis).

Beschreiben Sie bitte kurz Ihre Arbeit?

Ich bin der Pressechef der Kantonalpartei und der Grossratsfraktion und für deren Öffentlichkeitsarbeit zuständig. Sämtliche Verlautbarungen der FDP gehen über meinen Tisch. In der Regel bediene ich die Medien dreisprachig, d.h. Deutsch, Romanisch und Italienisch, wobei mir zwei ver-

diente Parteimitglieder für die Übersetzungsarbeiten ebenfalls seit vielen Jahren ehrenamtlich zur Verfügung stehen. Ich bin vielfach auch der Taktgeber für das Besetzen von wichtigen politischen Themen. Ausserdem bin ich für die Medienbeobachtung und das Mediencontrolling zuständig. Wenn Berichte nicht erscheinen, wehre ich mich und frage nach, wo das Problem liegt. Die Zeitungen müssen durchaus wissen, dass nicht nur sie uns, die Parteien, sondern auch wir sie beobachten. Im Weiteren führe ich für die Partei und die Mandatsträger einen ausführlichen Pressespiegel.

Eine wichtige Aufgabe ist es auch, periodisch in den Wahlkommissionen Einsitz zu nehmen, wo ich dann für den Medienbereich zuständig bin. Aktuell arbeite ich zusätzlich in der WAKO der FDP Chur für die Churer Stadt- und Gemeinderatswahlen mit.

Ist der Kampf um Aufmerksamkeit und Medienpräsenz härter als früher?

Ja, viel, viel härter! Ich habe noch die Zeiten des Fax erlebt und wurde vor etwa 15 bis 20 Jahren mal als der «Mister Fax aus Thusis» titulierte. Heute, mit all den E-Mails, hat sich das Tempo in den Medien natürlich enorm erhöht, was aber meinem Naturell genau entspricht.

Welches war Ihr positivstes und welches Ihr negativstes Ereignis in der 25-jährigen Tätigkeit als FDP Pressechef?

Meine Arbeit macht mir täglich sehr viel Freude. Besonders stolz macht mich die Tatsache, dass ich viele ehemalige und aktive FDP-Mandatsträger auf ihrer politischen und beruflichen Karriere medienmässig begleiten durfte.

Die schlimmste Zeit war die Affäre Aliesch, wo ich als Medienverantwortlicher sehr gefragt und auch gefordert war. Diese Wochen möchte ich nie mehr erleben, obwohl ich grosse Erfahrungen vor allem mit den nationalen Medien sammeln konnte.



XXX

FDP.Die Liberalen Luzern

Auf Kurs: Gute Wahlergebnisse in Luzern!

Anfangs Mai fanden im Kanton Luzern die Gemeindewahlen statt. Mit Erfolg hat die *FDP.Die Liberalen* diese Wahlen bestritten. Die guten, mitunter hervorragenden Ergebnisse bestätigen: Die FDP ist auf Kurs und gehört nach wie vor zu den tragenden Parteien!

Von den 355 zu vertretenden Gemeinderatssitzen erreichten 101 FDP-Vertreter die direkte Wahl in den Gemeinderat. Zweite Wahlgänge sind noch in wenigen Gemeinden notwendig. Alles in allem werden wir einen Anteil von 30 Prozent erreichen – mehr als unse-

re Parteienstärke. Auch die Parlamentswahlen in den Gemeinden Luzern, Emmen, Kriens und Horw sind erfreulich. Gesamthaft besetzen wir 34 der 154 Sitze, was einem Anteil von 22 Prozent entspricht.

Die *FDP.Die Liberalen Luzern* stie-

gen mit Top-Kandidatinnen und -Kandidaten in den Wahlkampf. Entsprechend dürfen wir unzählige erfreuliche Einzelresultate vermelden. Als Beispiel dient die Gemeinde Emmen, die zweitgrösste Gemeinde in der Zentralschweiz. Nebst dem neugewählten

Thomas Lehmann besetzen wir mit Rolf Born neu auch das Präsidium. Darüber hinaus wird die *FDP.Die Liberalen Emmen* künftig die stärkste Fraktion im Parlament sein. Wir gratulieren und danken allen Beteiligten für **Ihren** unermüdlichen Einsatz!



Hier stellvertretend für alle Ortsparteien: Die FDP Alberswil bedankt sich herzlich für die Wählerstimmen.

FDP.Die Liberalen Glarus

Andrea Bettiga neuer Glarner Landammann



Andrea Bettiga, der neue Landammann von Glarus.

Die Glarner Kantonsregierung wird in den nächsten zwei Jahren vom freisinnigen Justizdirektor Andrea Bettiga präsiert. Die Glarnerinnen und Glarner wählten anlässlich der traditionellen Landsgemeinde den 52-jährigen Regierungsrat in das Amt des Glarner Landammanns.

Andrea Bettiga vertritt seit über vier Jahren zusammen mit Regierungsrätin Marianne Dürst Benedetti die *FDP.Die Liberalen* im Glarner Regierungsrat. Bettiga folgt als Landammann auf Robert Marti (BDP). Andrea Bettiga lei-

tete seine erste Landsgemeinde als Regierungsrat souverän und effizient. Innert dreieinhalb Stunden verabschiedete das Glarner Volk unter der Leitung von Bettiga fünfzehn Sachgeschäfte.

Der freisinnige Freudentag wurde abgerundet durch die Wahl von FDP-Regierungsrätin Marianne Dürst Benedetti zur Frau Landesstatthalterin. Marianne Dürst Benedetti wurde damit von der Landsgemeinde zur Stellvertreterin des frisch gewählten Landammanns bestimmt und ist die erste Frau in diesem Amt.

Ein klares Nein zur Initiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache»

Claudine Esseiva,
Generalsekretärin
FDP.Die Liberalen Frauen

«Frauen sollen Abtreibungen selber bezahlen», das ist die Forderung dieser Volksinitiative. «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache», meinen die Initianten. Und daher sollen diese mit «Blick auf die Gesundheitskosten» und aus «moralischer und ethischer Sicht» in Zukunft nicht mehr von der Grundversicherung übernommen werden. Das Schweizer Stimmvolk hat im Jahr 2002 mit 72 Prozent Ja-Stimmen die Fristenregelung klar angenommen. Diese Vorlage beinhaltete auch die Zahlungspflicht der Krankenversicherung im Falle eines Schwangerschaftsabbruchs. Das wollen gewisse Kreise jetzt ungeachtet des klaren Volksverdikt wieder abschaffen, mit falschen Argumenten.

Am 2. Juni 2002 hat das Schweizer Stimmvolk mit 72 Prozent Ja-Stimmen die Fristenregelung klar angenommen. Versteckt hinter finanzpolitischen Argumenten wollen gewisse ultrakonser-



Claudine Esseiva, Generalsekretärin der FDP.Die Liberalen Frauen.

vative Kreise dieses klare Volksverdikt wieder in Frage stellen. Ungeachtet der Tatsache, dass die Schweiz mit ihrer frauenfreundlichen liberalen Regelung erreicht hat, dass wir mit 6,8 Abbrüchen auf 1000 Frauen im Alter von 15 bis 44 Jahren weltweit eine der niedrigsten Schwangerschaftsabbruchsraten verzeichnen.

Stark übertriebene Zahlen

Die vom Komitee genannten Gesamt-

kosten von 20 Mio. Franken für Schwangerschaftsabbrüche sind stark übertrieben. Im Jahr 2010 betrug die Zahl der Abbrüche bei in der Schweiz wohnhaften Frauen 10641. Tendenz sinkend. Die Kosten belaufen sich auf vernachlässigbare 0,02 Prozent der gesamten Gesundheitskosten. Weiter wären die Kosten einer Geburt oder die Kosten von Folgeschäden bei verpfuschten Abbrüchen weitaus höher. Das finanzielle Argument ist dementsprechend haltlos und entbehrt jeglicher Grundlage. Die männliche Verantwortung bei einer ungewollten Schwangerschaft wird von den Initianten völlig ausgeblendet.

Für die FDP.Die Liberalen Frauen steht die Selbstbestimmung der Frau im Vordergrund. Wir wollen eine Gesellschaft, in der die Frauen frei und selbstbestimmt ohne finanziellen Druck eine solche schwierige Entscheidung fällen können. Daher kämpfen wir mit Vehemenz gegen diese Initiative und dulden keine Einschränkung der Selbstbestimmung der Frau.

Für diese Kampagne hat sich ein überparteiliches Komitee zusammen mit Fachleuten gebildet:

Arbeitsgruppe: Stéphanie Mörikofer (ehem. FDP-Regierungsrätin AG), Claudine Esseiva (Generalsekretärin FDP Frauen Schweiz), Anne-Marie Rey (Schwangerschaftsabbruch-Infostelle, ehem. SVSS), Suleika Baumgartner (Grüne Schweiz), Barbara Berger (Zentralsekretärin SP-Frauen Schweiz), Anita Cotting (Geschäftsführende Direktorin Sexuelle Gesundheit Schweiz), Helene Huld (Frauenärztin FMH, APAC-Suisse), Lea Kusano (SP-Stadträtin Bern), Ursula Nakamura-Stoecklin (Schweiz. Verband für Frauenrechte), Marie Perriard (ehem. Leiterin Familienplanungsstelle Fribourg, Sexuelle Gesundheit Schweiz), Susanne Rohner (Sexuelle Gesundheit Schweiz), Babette Sigg (Präs. CVP-Frauen Schweiz), Rosmarie Zapfl (alliance F).

www.svss-uspda.ch

Fünf Fragen an ...

Carina Schaller, Verantwortliche interne Kommunikation, Generalsekretariat



Carina Schaller

Was waren Ihre Gründe, sich politisch zu engagieren?

Meine Eltern haben mich durch ihr politisches Engagement sehr geprägt. Es war für mich selbstverständlich, mich mit politischen Sachfragen zu beschäftigen, und das eigene politische Engagement war nur eine Frage der Zeit. Vor drei Jahren erhielt ich dann die Chance, die Geschäftsstelle der FDP Baselland zu übernehmen. Seither bin ich mitten im Kuchen.

Zudem haben Reisen in verschiedene Länder der Welt, in welchen eine politische Partizipation nicht oder kaum möglich ist, mich darin bestärkt, dass wir das Privileg, uns aktiv an der Meinungsbildung und Gestaltung unseres Landes zu beteiligen, wahrnehmen sollen, ja müssen.

Was gefällt Ihnen am besten an der Schweiz?

Die Vielseitigkeit, die gute Organisation (das merkt man meistens erst auf Reisen in fremde Länder), die unterschiedlichen Dialekte, das politische System und die Natur.

Was war Ihr politischer Höhepunkt?

Bei den Landratswahlen im Frühjahr 2011 erreichte ich bei der ersten Kandidatur Rang drei auf einer Zehnerliste.

Welchen Ratschlag geben Sie einer jungen Politikerin?

Engagiere dich in deiner Gemeinde, geh an jede «Hundsverlochete» und gehe die politische Karriere nicht ver-

bissen an. Und was ich auch zuerst lernen musste: «Beziehungen schaden nur denjenigen, die sie nicht hat.»

Wenn Beamen möglich wäre, wohin oder in welche Zeit ginge Ihr Reise?

Als ausgebildete Historikerin und Religionswissenschaftlerin fällt mir diese Antwort sehr schwer. Zur Entstehung der Landwirtschaft im 10. Jahrtausend vor unserer Zeit, in die Zeit der chinesischen Hochseeschiffahrt um 1492, in das vorkolonialistische Neuseeland, zum Konzil von Nicäa 325, zu den arabischen Ärzten im 10. Jahrhundert, zu Mahatma Gandhi ... Kurz: eine Reise quer durch die Weltgeschichte und hin zu allen Religionsgründern.

Elektronische Stimmabgabe

E-Voting – FDP.Die Liberalen machen Druck

Die flächendeckende Einführung von E-Voting ist für *FDP.Die Liberalen International* schon lange ein zentrales Anliegen. Dass sich die Präsidentenkonferenz Ende April dafür ausgesprochen hat, eine entsprechende Petition zu unterstützen, ist hocheifrig.

Helen Freiermuth,
Präsidentin FDP International

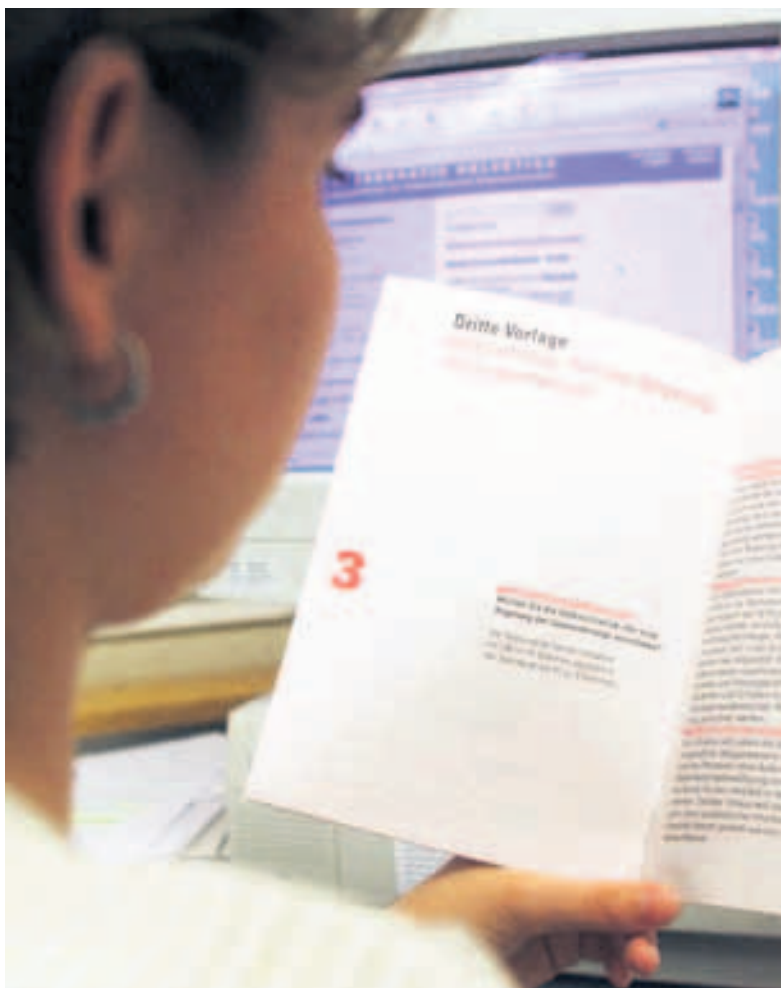
E-Voting würde Auslandschweizern die Teilnahme am politischen Prozess wesentlich erleichtern. Für die FDP International steht dieses Anliegen seit längerem an oberster Stelle. Die bisherigen Pilotprojekte sind sehr vielversprechend und werden von den Auslandschweizern rege genutzt.

In anderen europäischen Staaten bereits Realität

Dennoch harzt es mit der weiterführenden Umsetzung. Einmal ist es der grosse Aufwand, dann sind es Sicherheitsbedenken, schliesslich die föderalistische Struktur, die im Wege stehen. Es kann doch aber nicht sein, dass ein hochentwickeltes Land wie die Schweiz es nicht fertigbringt, ein sicheres und wählerfreundliches System einzuführen – Estland hat es vorgemacht...

Weniger Bürokratie – Mehr E-Voting

E-Votings und die verstärkte Nutzung elektronischer Mittel im Austausch mit den Behörden sind ein überfälliger Modernisierungsschritt nicht nur im Sinne der Fünften Schweiz, sondern auch attraktiv für die kommende Ge-



E-Voting: nicht nur für im Ausland lebende Schweizer Bürger attraktiv, sondern auch Motivation für Junge sich an der politischen Meinungsfindung zu beteiligen.

neration von Stimmberechtigten: Gerade für eine junge Generation ist der Umgang mit Computer und Internet eine absolute Selbstverständlichkeit. Da sich auch administrative Kosten reduzieren lassen, steht der Ausbau von E-Voting im Einklang mit der Forderung nach einem schlanken Staat und dem Kampf gegen übermässige Bürokratie.

Petition für E-Voting – unterschreiben Sie noch heute!

Die Auslandschweizerorganisation hat eine Petition für die landesweite Einführung des E-Voting lanciert. Bisher haben vor allem im Ausland lebende Schweizer diese unterschrieben, doch das soll sich ändern. Die FDP International ist hocheifrig, dass sich die Mutterpartei hinter die Forderung nach E-Voting stellt und die Petition offiziell unterstützt.



Erleichterung der politischen Partizipation – aus Liebe zur Schweiz

Die Situation heute

Weil sie ihre Unterlagen nicht oder zu spät erhalten, können Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer vielfach ihr Stimm- und Wahlrecht in der Schweiz nicht wahrnehmen. Bürokratie und schlechte Postqualität im Ausland hindern heute Stimmberechtigte, am politischen Prozess teilzunehmen. Doch nicht nur Auslandschwei-

zer und Leute, die sich beruflich oft im Ausland aufhalten, sind von terminlichen Verzögerungen betroffen: Gerade bei oft kurzfristig angesetzten Zweitwahlgängen ist auch die Zustellung der Unterlagen im Inland vielfach sehr knapp.

Wir fordern

Die Lösung ist klar – die elektronische

Stimmabgabe ohne bürokratischen Hindernislauf garantiert die politische Partizipation von Schweizer Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern sowohl im Inland wie auch im Ausland. E-Voting ist technisch realisierbar, mindestens so sicher wie die briefliche Stimmabgabe – und eine erfreuliche Entwicklung hin zu einer modernen und bürgernahen Schweiz.

Für FDP.Die Liberalen International heisst das

- › Rasche und flächendeckende Einführung von E-Voting
- › Abbau unnötiger Bürokratie bei der Stimmabgabe
- › Teilnahme an Ständeratswahlen in allen Kantonen

Die Jungfreisinnigen unter neuer Führung!

13./14. April: Ein Wochenende, das nicht nur mit politischen Gesprächen und spannenden Themen lockte, sondern viele neue Kontakte und Erkenntnisse brachte und in guter Erinnerung blieb.

Die Jungfreisinnigen hielten ihren alljährlichen Kongress ab. Mehr als 200 Jungliberale versammelten sich im Gastkanton Zürich zur Hauptversammlung des Schweizer Jungfreisinnis und zum gemütlichen Beisammensein. Dabei wartete der Kongress 2012 gleich mit zwei absoluten Höhepunkten auf: mit der mit Spannung erwarteten Rede des damaligen Präsidentschaftskandidaten und heutigen FDP-Präsidenten Philipp Müller und der Wahl des Präsidenten der Jungfreisinnigen selbst. Man darf sie zu Recht als Wahlkrimi bezeichnen. Das «Zürig Schnätzlets» im Rahmen der abendlichen Schifffahrt auf dem Zürichsee wurde so zum Nebenschauplatz.

Die beiden aussichtsreichen und doch so unterschiedlichen Kandidaten Philippe Nantermod (VS) und Maurus Zeier (LU) kämpften Kopf an Kopf um den beliebten Posten, den bislang Brenda Mäder (TG) innehatte. Nachdem je einer der Kandidaten in den beiden ersten Wahlgängen mit einer bzw. zwei Stimmen vorne gelegen hatte, erstaunte die Pattsituation im dritten Wahlgang kaum, was die Spannung jedoch nicht im Geringsten schmälerte. Eine angeregte Diskussion unter den Mitgliedern im Anschluss verschärfte die Diskussion und zeigte deutlich, dass beide Kandidaten auf den Rückhalt derjenigen, welche sie mit ihren Ideen und Zukunftsplänen überzeugten, zählen konnten. Siegreich war



Zahlreiche Jungfreisinnige fanden in Zürich zum jährlichen Kongress zusammen.

keiner von ihnen und doch beide. In einem Gespräch unter vier Augen, fernab von der gespannten Menge, einigten sie sich zum ersten Mal in der Geschichte der Jungfreisinnigen auf ein Co-Präsidium und damit auf eine Einbindung beider Parteiflügel.

Die Rede des neuen Parteipräsidenten Philipp Müller kam beim jungfreisinnigen Publikum derart gut an, dass sie mit Standing Ovationen quittiert wurde. Es mache ihm Spass, bei der

FDP zu sein und sich für die liberale Politik mit Herzblut einzusetzen. Mit den liberalen Grundsätzen seiner Rede sprach er den jungfreisinnigen Zuhörerinnen und Zuhörern aus der Seele.

Auch das Vizepräsidium wurde neu gewählt und wird ab sofort durch Johanna Gapany (FR) und Alain Illi (SH) bestellt. Die erwähnte Schifffahrt und der Ausgang in angesagten Zürcher Nachtclubs rundeten den Tag ab und machten das Wochenende in der Zür-

cher Jugendherberge zu einem unvergesslich spannenden Event, einem gelungenen Mix aus Politik und Spass, den nächstes Mal sicher keiner der Teilnehmenden verpassen wird.

Das kommende Jahr wird zeigen, wie die beiden frisch gewählten Co-Präsidenten die potenzial- und durchaus risikoträchtige Zusammenarbeit bestreiten. Sicher ist, dass wir unter neuer Führung noch einiges von den Jungfreisinnigen hören werden.



Die Co-Präsidenten Philippe Nantermod (VS) und Maurus Zeier (LU).



Gemütliches Beisammensein im Schiff mit Vizepräsident Alain Illi (SH), links im Bild.

Wir müssen **es tun!**

Der neue Co-Präsident der Jungfreisinnigen, Philippe Nantermod, hielt am 13. Mai 2012 am Festival der radikal-demokratischen Fanfaren der Mitte in Riddes eine bewegende Rede zur Lage der Schweiz und Europas. Lesen Sie Auszüge aus seiner interessanten Ansprache.

«Was misst 5,2 Millionen Kilometer Länge, 6 cm Breite und ist 0,1 mm dick? Aneinandergereiht in 10-Franken-Noten, sind es die Schulden Griechenlands. Das ist 14-mal die Distanz zwischen dem Mond und der Erde.

Die Schulden Frankreichs ergeben eine Strecke, die 5-mal länger ist. In aller Stille wachsen diese Schulden mit einer Geschwindigkeit, die auf der Autobahn verboten wäre. Im laufenden Jahr haben sich die französischen Schulden mit einer Geschwindigkeit von 146 km/h erweitert.

In den letzten 36 Jahren hat unser Nachbar seine Rechenaufgaben nicht gemacht. Allen voran haben es die Sozialdemokraten geschafft, ihre Leute zu täuschen. Sie haben sie glauben lassen, dass ein Staat nicht bankrottgehen könnte, sie gaukelten ihnen vor, dass sie nie finanziellen Problemen ausgesetzt wären. Und heute, nachdem zu viel Geld verliehen wurde, sind sie so weit, dass sie zittern, wenn der Gläubiger an die Türe klopft.

Es wird behauptet, dass die Krise, die wir heute erleben, eine Krise oder das Ende des Liberalismus ist. Das ist falsch, das ist eine Lüge. Die heutige Krise ist eine Krise der falschen Versprechen durch die Sozialdemokraten. Die Krise der Idee, wir könnten die Renten ab 55 Jahren bieten, ohne sie jemals zu bezahlen.

Berauscht durch das Versagen der furchtbaren Finanzwelt, welche, nebenbei gesagt, bis jetzt die kostspielige Politik der Staaten garantiert hat, entscheidet sich heute eine immer grösser werdende Zahl von Europäern, konsequent NEIN zum Sparen zu sagen.

Die Franzosen, die Griechen und der Grossteil der Europäer haben ihren Lebensstandard nicht verdient. Sie haben ihn sich geliehen. Aber anstatt eine Politik des Sparens zu wählen, entscheiden sie sich lieber dafür, ihrem Lebensstandard auf Pump weiter zu frönen. Hinter ihren Wachstumspake-



Philippe Nantermod

ten geht es um nichts anderes als den Wunsch, das Boot noch etwas mehr zu beladen, um dann abzuspringen und das Schiff untergehen zu lassen.

Und wo stehen wir in dieser Sache? Wir haben das Gegenteil gemacht. Während unsere Finanzpartner sich

immer weiter verschulden, haben unsere nationalen und kantonalen Finanzminister den Kurs gehalten, sodass unsere Verschuldung sich in den letzten zehn Jahren drastisch verkleinert hat. Mit der Schuldenbremse haben wir die **Milchmädchenrechnung**

zurückgewiesen. Zuletzt haben wir uns auch gegen sechs Wochen Ferien ausgesprochen. Dinge, die unsere französischen Nachbarn **mit Verlaub** nicht verstehen würden.

Und trotzdem sind wir Schweizer, wir Walliser, direkt bedroht durch den verschwenderischen Wahnsinn unserer Nachbarn. Wenn morgen die europäische Wirtschaft zusammenbrechen würde, wären wir die Ersten, die darunter leiden würden, beginnend mit dem starken Schweizer Franken und unserer Exportabhängigkeit.

Bis jetzt haben wir uns kompromisswillig gezeigt. Die Schweiz hat nicht die Einzelkämpferin gespielt, sondern die Solidarische. Wir haben viele Konzessionen akzeptiert. Wir haben **Millionen** dem IWF geliehen und dafür das Bankgeheimnis aufgegeben.

Aber zu einem bestimmten Moment, welcher jetzt vielleicht gekommen ist, ist es Zeit für uns, zu sagen: «Es reicht.» Wir können nicht einfach akzeptieren, unsere verankerten Werte zu verletzen, wie die Unterscheidung zwischen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung, wenn unsere Nachbarn sich überhaupt nicht bemühen. Wir würden nur weiter Milliarden von Franken unserer Steuern in den internationalen Währungsfonds einspritzen.

Es ist wahr, dass unser Schicksal im Spiel der Globalisierung nicht mehr vollkommen in unseren Händen liegt. Wir haben aber trotz allem nicht unsere Souveränität verloren; unser Recht, das Diktat einer Handvoll Dirigenten zurückzuweisen, die sich einbilden, aus unseren Ressourcen zu schöpfen, um ihren unstillbaren Durst von Kosten zu löschen.

Wir müssen **es tun** für die Schweiz, für die Schweizerinnen und Schweizer und für unsere Zukunft.»

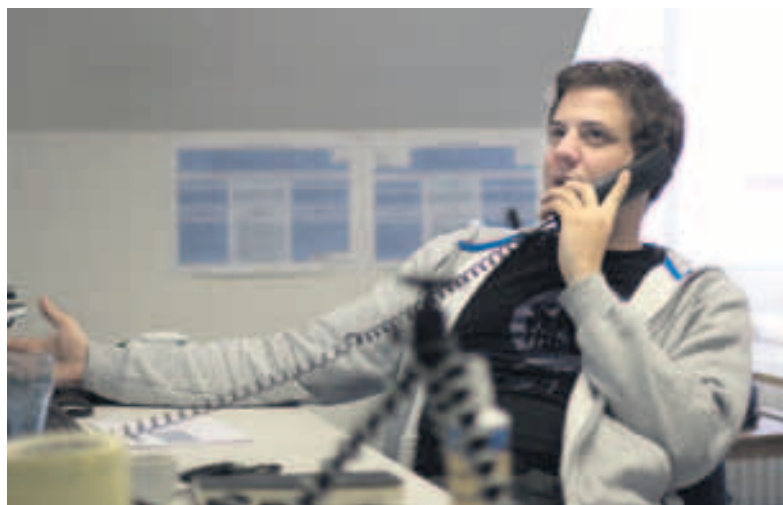
Philippe Nantermod

FDP goes Social Media

Tweets, Posts, Likes, Follower und Fans ... Auch die FDP bewegt sich im virtuellen Raum auf diversen Social-Media-Plattformen. Der Projektleiter Onlinekommunikation, Luzius Müller, erklärt die Bedeutung dieser neuen Art des Campaigning und zeigt auf, wo Chancen und Risiken der Social Media liegen.

Zuerst einige Fakten: Die FDP hat auf Facebook rund 2800 Fans (Rang 3 unter den nationalen Parteien), unsere Posts erreichen zwischen 6000 und 11 000 Personen. Die Anzahl der Personen, denen die FDP «gefällt», steigt kontinuierlich an. Auf Twitter folgen uns aktuell rund 1800 User, auch hier Tendenz steigend. Luzius Müller beurteilt die Aktivitäten im Vergleich mit den anderen Parteien als sehr gut: «In der Interaktion mit unseren Fans, in der viralen Verbreitung und im Bereich dessen, wie viele User über unsere Seite diskutieren, sind wir sehr stark.»

Auch zahlreiche unserer Parlamentsvertreter auf allen Stufen sind in Facebook vertreten, ebenso viele Kantonal- und Ortsparteien. Die FDP ist im Facebook angekommen und nutzt diese Plattform aktiv, um Diskussionen zu lancieren, die Meinung anderer zu erfragen, Wettbewerbe zu starten und Positionen zu vertreten. Auch wenn Social-Media-Plattformen wie Facebook und Twitter noch keine entscheidenden Faktoren im klassischen Wahlkampf sind, wird ihre Bedeutung doch stetig zunehmen. «In den nächsten vier Jahren werden weitere Wähler hinzukommen, für welche die Verwendung von Social-Media-



Luzius Müller sorgt dafür, dass die FDP im Netz präsent ist.

Plattformen alltäglich ist», erläutert Luzius Müller. «Facebook und Twitter sind Medien, die einen direkten Austausch erlauben, aber ihre richtige und gewinnbringende Bewirtschaftung braucht viel Zeit. Nur weil bald alle im Facebook sind, heisst das noch nicht, dass die eigene Seite viel Verbreitung erfährt. Um die Medien effektiv zu nutzen, muss man sie aktiv bewirtschaften.»

Die Palette der Online-Angebote zur Meinungsbildung bei Wahlen wird weiter zunehmen. Bereits heute sind Entscheidungshilfen wie Smartvote, Vimentis oder Politnetz häufig genutzt. Es wird für die Parteien und Kandidierenden in den kommenden Wahlen folglich immer wichtiger werden, den persönlichen Wahlkampf auf neue Mittel im Internet auszuweiten. Eine wirkliche Unterstützung bieten die verschiedenen Medien jedoch nur, wenn sie rechtzeitig lanciert werden. Ein

Facebook-Profil, welches erst wenige Monate vor den Wahlen eingerichtet wird, vermag innert kurzer Frist zu wenigen Likes zu generieren, um damit einen wirklichen Effekt zu erzielen.

Besonders wichtig im Umgang mit Facebook und Twitter ist, dass man sich Zeit nimmt. Zeit, um Posts zu machen, Anfragen zu beantworten, Diskussionen mitzugestalten und für die Nutzer fassbar zu werden. Facebook ist semantisch aufgebaut, was bedeutet, dass diejenigen, welche aktiver sind, auch eine weitere Verbreitung generieren. Je mehr Facebook-User über die eigene Seite diskutieren, desto öfter werden die eigenen Beiträge bei weiteren Usern angezeigt. Wichtig ist dabei, dass die Facebook-Seite interessant und spannend bleibt. «Man muss den Usern Informationen bieten, die sie sonst nirgends erhalten. Facebook und Twitter erlauben einem, kurze, emotionale Meldungen zu verbreiten und sich von seiner privaten Seite zu zeigen», so Müller. Gerade bei emotionalen Meinungsäusserungen sei es aber entscheidend, dass man sich der Tragweite von Publikationen im Internet bewusst ist. «Was einmal im Netz ist, bleibt im Netz. Die Medien



Die FDP im Facebook – aktuell, interaktiv und jederzeit einen Besuch wert.



Werden Sie Teil der FDP-Community:
www.facebook.com/fdp.dieliberalen
(Die Facebook-Seiten verschiedener Kantonalparteien oder Parlamentarier findet man unter «Gefällt mir»)
twitter.com/FDP_Liberalen

Tipps und Tricks für den Umgang mit Facebook und Co.

- › Als Ortspartei oder Politiker auf Facebook lieber eine Seite als ein Profil erstellen, da eine Seite viel weniger Vorlagen unterliegt und mehr Möglichkeiten bietet.
- › Aktives Bearbeiten der eigenen Seite: Diskussionen auslösen, Fragen stellen, Insights und Persönliches publizieren – aber Achtung: auch auf Diskussionen und Fragen eingehen, Antworten liefern und mitdiskutieren. Eine gute Facebook-Präsenz erfordert Zeit.
- › Nur im Notfall und mit Begründung fremde Einträge löschen.
- › Bewusste Nutzung des Portals: Was geschrieben wurde, ist auch später noch auffindbar, über Freunde können auch Aussenstehende die eigenen Einträge lesen.

und auch politische Gegner verfolgen die Auftritte von Politikern und Parteien im Netz und verwenden unüberlegte Äusserungen auch noch Jahre später. Qualität muss ganz klar vor Quantität stehen.»

Reform 6b der Invalidenversicherung



«Arbeit vor Rente» muss das zentrale Ziel der Revision der Invalidenversicherung sein. Damit die Schuldenspirale gebremst wird und der Kollaps des Systems verhindert werden kann.



Die finanzielle Situation der Invalidenversicherung (IV) hat sich seit der Mitte der 90er-Jahre zunehmend verschlechtert. Die Linke hat sich gewehrt, abgewartet, und erst als die finanzielle Lage der IV dramatisch war, konnte die Sanierung in Angriff genommen werden: FDP-Innenminister haben einen rigorosen Reformkurs eingeschlagen, um das strukturelle Defizit und die Schulden der IV nachhaltig zu sanieren. Die bisherigen Reformschritte zeigen Wirkung: Seit 2003 hat sich die Defizitspirale stabilisiert, und die Anzahl neuer Renten wurde halbiert. Bis der Schuldenberg ganz abgebaut und das strukturelle Defizit beseitigt ist, sind aber weitere Schritte nötig.

Revision 6b

Zurzeit wird im Parlament das zweite Massnahmenpaket der 6. IV-Revision behandelt. Die Revision will unter anderem eine Schuldenbremse und ein stufenloses Rentensystem einführen. Die Schuldenbremse soll frühzeitig Massnahmen einleiten, damit eine ähnliche Verschuldung nicht mehr eintreffen kann. Das stufenlose Rentensystem will zudem zentrale Fehlanreize im System beseitigen: Eine IV-Rente ist heute abhängig vom Invali-

ditätsgrad (in Prozent) einer Person. Dieser Prozentsatz bestimmt, ob eine Person eine Viertelsrente, halbe Rente, eine Dreiviertelsrente oder eine ganze Rente erhält. Diese fixen Rentenstufen führen zu problematischen Schwelleneffekten: Erwiesenermassen wird der Invaliditätsgrad häufig zu hoch angesetzt – damit IV-Bezüger knapp noch in eine höhere Rentenstufe eingeteilt werden. Ausserdem können die fixen Stufen zu negativen Arbeitsanreizen führen: Oft lohnt es sich nicht, erwerbstätig zu sein, weil die Renteneinkünfte von einer Rentenstufe zur anderen grösser ist als der zusätzliche Lohn. Doch eine IV-Rente darf nicht von der Arbeit abhalten – darum ist «Arbeit vor Rente» das oberste Prinzip der IV-Revision. Dank den bisherigen Reformschritten finden mehr IV-Bezüger den Weg zurück in die Arbeitswelt.

Der Sparwille schwindet ...

Der Gesetzesentwurf der Revision 6b sah ursprünglich jährliche Einsparungen von 800 Mio. Franken vor. Nach der Vernehmlassung und der Beratung im Ständerat ist nur noch von 250 Mio. Einsparungen die Rede. Obwohl die Linke anfänglich noch jährliche Einsparungen von 300 Mio. Franken gut hiess, droht diese jetzt mit dem Refe-

rendum bei der IV-Revision – obwohl der heutige Stand 50 Mio. weniger Einsparungen vorsieht, als sie selbst ursprünglich vorgeschlagen hatte. Dieses falsche Spiel der Linken ist gefährlich: Wenn die Finanzen unserer Sozialwerke nicht nachhaltig sind, droht der Kollaps des ganzen Systems.

Warten lohnt sich nicht

Die Revision der IV zeigt beispielhaft, was passiert, wenn Reformen bei den Sozialwerken aufgeschoben werden: Die Einschnitte werden immer schmerzhafter. Das gleiche Szenario spielt sich zurzeit bei der Beruflichen Vorsorge ab und droht ebenfalls bei der AHV. Die Antwort der Linken ist einfach: Sie verwandelt Schuldenberge in neue Steuern. Dies ist angesichts der kommenden wirtschaftlichen Krise eine verantwortungslose Belastung für Schweizer Konsumenten und Unternehmen. Allerdings erstaunt die Position der Linken nicht: Sie hat sich ein Jahrzehnt gegen jegliche IV-Reformen gestellt und verursachte so einen Schuldenberg von fast 15 Mrd. Franken. Anders die FDP. Nach dem Reformserfolg beim ersten Teil der 6. IV-Revision werden wir uns auch für den Teil 6b einsetzen, damit er ohne faule Kompromisse angenommen wird. Die

IV-Revision 6b wird voraussichtlich in der Herbstsession 2012 im Nationalrat weiterberaten 

Reform in drei Schritten:

Mit der **4. und der 5. IV-Revision** wurde das jährlich steigende Defizit stabilisiert, sodass das Schuldenwachstum gebremst werden konnte. Die Anzahl neuer Renten wurde seit 2003 um rund 47 Prozent reduziert.

Zusatzfinanzierung: Mit der befristeten Erhöhung der Mehrwertsteuer (2011–2017, Abstimmung 2009) wurde das Defizit der IV vorübergehend beseitigt. Die Rechnung der IV wurde von jener der AHV getrennt. Die Zusatzfinanzierung erlaubt es, die Massnahmen der 6. IV-Revision sozial vertretbar umzusetzen.

6. IV-Revision: Nach dem Auslaufen der befristeten MWSt-Zusatzfinanzierung soll mit den Massnahmenpaketen a (in Kraft seit 2012) und b dank Sparmassnahmen, Massnahmen zur weiteren Verstärkung der Eingliederung und Systemanpassungen zur Eliminierung von Fehlanreizen die IV eine nachhaltig ausgeglichene Rechnung vorweisen.

Interview

Die Bedeutung des Milizwesens stärken

Nationalrätin Corina Eichenberger ist Präsidentin der parlamentarischen Kerngruppe Feuerwehr und spricht über die Bedeutung der Feuerwehrdienstleistenden im Besonderen und des Milizwesens im Allgemeinen.

Frau Eichenberger, Sie sind Präsidentin der parlamentarischen Kerngruppe Feuerwehr. Wie kommt man zu so einem Amt?

Ich bin Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission, und da die Feuerwehr zu den Sicherheitsakteuren der Schweiz gehört, wurde ich angefragt, ob ich in dieser Kerngruppe aktiv mitwirken wolle. 2011 wurde ich zur Präsidentin gewählt.

Welche Aufgabe hat die Kerngruppe Feuerwehr im Parlament?

Die Kerngruppe ist eine Gruppe von Mitgliedern der verschiedenen Feuerwehren. Sie umfasst Vertreter der Berufsfeuerwehr, der Milizfeuerwehr, den Präsidenten des Schweizerischen Feuerwehrverbandes, einen Kommandanten einer grossen Stadtfeuerwehr und den Präsidenten eines kantonalen Feuerwehrverbandes. So fliesst aus vielen Ebenen Know-how zusammen. Wir stellen die Verbindung zwischen den Feuerwehren und der Bundespolitik, im Besonderen der Sicherheitspolitik, her. Ein gutes Beispiel, wie die Anliegen der Kerngruppe einfließen konnten, ist die kürzlich beschlossene Steuerbefreiung des Feuerwehrsoldes.

Gibt es spezielle Anliegen, welche Sie im Rahmen Ihrer Präsidentschaft betonen wollen?

Mein Anliegen ist es, dass die Probleme der Feuerwehr innerhalb des gesamten Sicherheitsdispositives der Schweiz wahrgenommen werden. So ist es gegenwärtig wichtig, dass die Aufgaben der Feuerwehr in den Sicherheitsverbund Schweiz, der sich aktuell im Aufbau befindet, einfließen.

Sind Sie selber aktive Feuerwehrfrau?

Ich bin keine aktive Feuerwehrfrau. Zur Feuerwehr kam ich eigentlich wie die Jungfrau zum Kinde.



Corina Eichenberger setzt sich im Parlament für die Belange der Feuerwehren und damit für das Milizsystem ein.

Die Feuerwehrleute in der Schweiz arbeiten in der Mehrheit ehrenamtlich. Halten Sie dies für richtig?

Tatsächlich leistet der grosse Teil der Feuerwehrleute in der Schweiz den Dienst im Milizsystem. Nur die grossen Betriebsfeuerwehren sowie die Korps in den Städten sind Berufsfeuerwehren. Ich befürworte das Milizsystem sehr. Nicht nur bei der Feuerwehr, sondern auch in der Armee und natürlich in der Politik.

Sie haben sich 2011 stark für die Steuerbefreiung des Feuerwehrsoldes eingesetzt. Betrachten Sie solche finanziellen Anreize als nötig, um genügend Personen für den freiwilligen Feuerwehrdienst rekrutieren zu können?

Heutzutage ist es nötig, dass gewisse Anreize geschaffen werden, damit jun-

ge Leute in die Feuerwehr eintreten und die Ausbildung machen. Dies ist aus meiner Sicht ein Zeichen der Zeit. Die Steuerbefreiung war aber auch deshalb wichtig, weil die Behandlung des Feuerwehrsoldes in allen Kantonen unterschiedlich gehandhabt wurde. Deswegen mussten das Steuerharmonisierungsgesetz und das Gesetz über die direkte Bundessteuer angepasst werden.

Macht es Sinn, dass es in der Schweiz 1632 Feuerwehren gibt, deren Tätigkeit in 26 kantonalen Feuerwehrgesetzen und zahlreichen Gemeindeerlassen geregelt ist? Wäre eine nationale Regelung und Organisation der Feuerwehr nicht effektiver und kostengünstiger?

Wir sind ein föderalistischer Staat, und somit obliegt es den Kantonen, wie sie ihre Feuerwehren organisieren. Aus meiner Sicht soll das nicht geändert werden. Ich glaube nicht, dass es kostengünstiger würde, wenn die Organisation der Feuerwehren eine Bundesaufgabe würde.

Bei der Ausbildung und der Ausrüstung gibt es nationale Standards sowie nationale Ausbildungszentren.

Wie kann die Bedeutung von Tätigkeiten im Milizwesen gestärkt werden?

Die Bedeutung des Milizwesens kann gestärkt werden, wenn wir möglichst oft und möglichst viel darüber sprechen. Damit alle Menschen in unserem Land wissen, dass es Leute gibt, die sich in den verschiedensten Bereichen, sei es im Altersheim oder eben in der Feuerwehr, engagieren. Sie leisten zu Gunsten der Gesellschaft viel und erhalten dafür nur ein kleines oder gar kein Entgelt.

Wie viel Platz nimmt Ihre Tätigkeit als Präsidentin dieser Kerngruppe ein?

Die Tätigkeit zieht ein Treffen während jeder Session nach sich. In diesen Treffen besprechen wir Probleme, tauschen uns aus und eruieren, wie allfällige Kontakte geknüpft werden können. Manchmal ist es notwendig, Türen zu öffnen oder Treffen zu organisieren. Zum Beispiel war dies notwendig im Hinblick auf die grosse nationale Sicherheitsübung, die im Jahr 2014 stattfinden wird. Als Teil dieser Übung war es der Feuerwehr sehr wichtig, von Beginn an bei der Planung dabei zu sein. Dies hat die Kerngruppe Feuerwehr nun ermöglicht.

Welche Bedeutung messen Sie solchen parlamentarischen Kerngruppen bei?

Tatsächlich ist die Kerngruppe Feuerwehr eine sehr kleine Gruppe. Aber sie umfasst alle Facetten der Feuerwehrtätigkeit und ist personell sehr gut zusammengesetzt. Damit kommen sämtliche Probleme, welche das Spektrum der Feuerwehr betreffen, zur Sprache, und somit wird die Kerngruppe meiner Meinung nach allen Anliegen der Feuerwehrleute gerecht.

Corina Eichenberger

Corina Eichenberger ist seit 2007 Mitglied des Nationalrates. Die gebürtige Aargauerin (von Beinwil am See und Kölliken) ist Mutter von zwei erwachsenen Kindern und Partnerin einer Anwaltskanzlei in Basel. Im Nationalrat ist sie Mitglied der Sicherheits- und der Geschäftsprüfungskommission sowie der Geschäftsprüfungsdelegation. Privat interessiert sie sich für Kultur (Opern, zeitgenössische Kunst), Literatur und wandert gerne.

Ausblick auf die Session

Die Sommersession der eidgenössischen Räte bietet einmal mehr spannende Diskussionen um die vielseitigsten Themen. Die Fraktion der *FDP.Die Liberalen* hat sich eingehend vorbereitet und berichtet im Freisinn über ihre Haltung zu einigen wichtigen Themen.

Mit den Diskussionen über die drei Steuerabkommen mit Deutschland, Grossbritannien und Österreich entscheiden die Räte über wichtige Meilensteine für den Schweizer Finanzplatz. Auch wenn nicht alle Erwartungen erfüllt wurden, bekennt sich die FDP-Fraktion klar zu den Abkommen. Die Vorteile der Abkommen sind klar: Damit können ausländische Bankkunden von Schweizer Banken ihre Altlasten mit einer einmaligen Nachbesteuerung bereinigen und bezahlen in Zukunft ordnungsgemäss ihre Steuern, ohne dass ihre Privatsphäre verletzt wird. Die Abkommen anerkennen die Abgeltungssteuer als explizit gleichwertig zum automatischen Informationsaustausch. Damit wird ein wichtiger Bestandteil der Weissgeldstrategie der FDP endlich umgesetzt – der stetige Einsatz für dieses wichtige Instrument hat sich auszahlt. Enttäuscht sind die Parlamentarier über die Tatsache, dass der Bundesrat landesintern keine Strategie für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes vorgesehen hat. Ein wichtiger Schritt dazu wäre beispielsweise endlich eine Botschaft über die Abschaffung der Stempelsteuer. Sorge macht sich zudem über



Abstimmung der Fraktion während der Sessionsvorbereitung im Bundeshaus.

die Absicht des Bundesrates breit, vom Ausland nicht verlangte zusätzliche Massnahmen einzuführen, die die Attraktivität des Finanzplatzes verschlechtern, zu nennen ist hier die allfällige Einführung einer Selbstdeklaration für ausländische Bankkunden. Solche Massnahmen sind für die FDP nur im Gegenzug zu einer weiteren Vereinfachung der Marktzutritts-

bedingungen für Schweizer Finanzinstitute im Ausland denkbar.

Im Asylwesen herrscht Chaos. Überlastete Empfangszentren, langwierige Verfahren, kriminelle Asylbewerber sind aktuelle Themen. Im Parlament geht es um die x-te Revision des Asylgesetzes, zahlreiche Änderungen sollen bestehende Missstände beheben. Nach zehn Revisionen des

Asylgesetzes sollte aber klar sein, dass das ewige Herumschrauben an Gesetzen nichts bringt. Gefordert sind organisatorische und logistische Massnahmen sowie hervorragend ausgebildetes Personal im Bundesamt für Migration (BFM). Statt neuer Gesetze aus dem EJPD fordert die *FDP.Die Liberalen* seit Monaten Verbesserungen an der Front. Eine Verbesserung wäre bspw. die Umwandlung der für Asylsuchende grosszügigen Sozialhilfe im Asylverfahren in Nothilfe. Weiterhin sollen Asylsuchende Schutz, Unterkunft, Nahrung, Kleidung und medizinische Versorgung gemäss unserer Verfassung, internationalen Verträgen und unserer humanitären Tradition erhalten, nicht aber aus Sicht der Asylsuchenden bedeutende Geldbeträge. Das macht die Schweiz für Asylsuchende weniger attraktiv.

Im Rahmen der Diskussionen um das Nationalstrassengesetz werden die eidgenössischen Räte über eine Erhöhung der Autobahnvignette entscheiden. Die FDP-Fraktion unterstützt die Erhöhung im Bewusstsein, dass die Mittel für den notwendigen Erhalt der Substanz sowie den weiteren Ausbau der Schienen- und Strassennetze knapp werden.



Fraktionspräsidentin Gabi Huber führte die Fraktion durch intensive Diskussionen.



Konzentriertes Arbeiten der FDP-Parlamentarier im Fraktionszimmer.

Abstimmungsempfehlung

Nein zur Initiative «Staatsverträge vors Volk» – Ja zur integrierten Versorgung

Am 17. Juni entscheidet das Schweizer Stimmvolk über zwei Vorlagen: die Initiative «Staatsverträge vors Volk» und die Managed-Care-Vorlage. Im Namen des Bundesrates empfehle ich Ihnen, die Volksinitiative für die Stärkung der Volksrechte in der Aussenpolitik abzulehnen und die Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung anzunehmen.

Liebe Parteifreunde

Die Staatsvertragsinitiative will das obligatorische Referendum bei Staatsverträgen ausweiten – mit problematischen Folgen. Der von der Initiative vorgesehene Auslegungsspielraum könnte die internationale Glaubwürdigkeit unseres Landes beschädigen. Viele Fragen würden sich bei einer Annahme der Initiative stellen.

Initiative ohne Nutzen

Nach Auffassung des Bundesrates ist die Initiative nicht notwendig, weil sie ohne Nutzen zu einer Zunahme der Abstimmungen über Staatsverträge führen würde. Mehr Abstimmungen bedeuten nicht mehr Demokratie. Bereits heute muss über den Beitritt zu einer Organisation für kollektive Sicherheit oder zu einer supranationalen Gemeinschaft eine obligatorische Volksabstimmung stattfinden. Die anderen völkerrechtlichen Verträge unterliegen dem fakultativen Referendum, wenn sie unbefristet und unkündbar sind, den Beitritt zu einer internationalen Organisation vorsehen, oder wichtige rechtsetzende Bestimmungen enthalten bzw. wenn ihre Umsetzung den Erlass von Bundesgesetzen erfordert. Wenn gegen die weitaus meisten dieser Verträge kein Referendum beantragt wird, dann liegt das daran, dass sie nicht umstritten sind.

Lassen Sie mich zwei Beispiele von Verträgen nennen, über die Volk und Kantone im Fall der Annahme der Initiative abstimmen müssten: Wollen wir über die 5. Revision des Internationalen Übereinkommens über das harmonisierte System zur Bezeichnung und Codierung der Waren abstimmen? Und wollen wir bei der



Für Bundesrat Didier Burkhalter ist klar, dass das Volk nicht über möglichst viele, sondern über die bedeutsamen Staatsverträge abstimmen soll.

Abänderung des Anhangs III des Übereinkommens über das Verfahren der vorherigen Zustimmung nach Inkenntnissetzung für bestimmte gefährliche Chemikalien sowie Pestizide im internationalen Handel mitreden? Aus der Sicht des Bundesrates sollte es

nicht darum gehen, dass die Bürgerinnen und Bürger über die grösstmögliche Anzahl von Verträgen befinden. Es sollte vielmehr darum gehen, dass sie bei bedeutsamen Verträgen mitentscheiden. Das ist bereits im Rahmen der geltenden Ordnung möglich. Volk

und Stände haben heute bereits das letzte Wort.

Ja zur integrierten Versorgung

Die sogenannte Managed-Care-Vorlage will integrierte Versorgungsnetze gesetzlich verankern und fördern. Gleichzeitig soll ein verfeinerter Risikoausgleich zwischen den Krankenkassen geschaffen werden. Integrierte Versorgung heisst medizinische Versorgung aus einer Hand: Sie steht für bessere Qualität, erhöhte Patientensicherheit und Effizienz.

In Zukunft sollen Doppelspurigkeiten und Behandlungsfehler minimiert werden. Dies dank kontrollierten Behandlungspfaden. Die Qualität wird gesteigert, indem die Leistungserbringer miteinander statt nebeneinander arbeiten. Die Qualitätssicherung ist ein vorgeschriebener Bestandteil der integrierten Versorgung. Das erhöht die Patientensicherheit. Integrierte Versorgung soll also einen Kulturwandel bewirken: weg von Einzelkämpfen, hin zu Kooperation und Koordination.

Gleichzeitig führt integrierte Versorgung zu mehr Effizienz, was massiv Kosten spart. Dieser Gewinn wäre in erster Linie zum Vorteil der Versicherten, denn sie werden durch einen tieferen Selbstbehalt an diesen Effizienzgewinnen beteiligt. Für Versicherte besteht kein Zwang: Die freie Arztwahl wird weiter bestehen.

Im Namen des Bundesrates empfehle ich Ihnen, die Volksinitiative für die Stärkung der Volksrechte in der Aussenpolitik abzulehnen und die Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung anzunehmen.

**Ihr Bundesrat
Didier Burkhalter**

Minder-Initiative: Gefährlich und überflüssig

Die Volksinitiative des heutigen Schaffhauser Ständerates Thomas Minder hat in der Vergangenheit schon viel zu reden gegeben. Kaum eine andere Initiative wurde bereits vor der Abstimmung so kontrovers diskutiert. Christa Markwalder über den heutigen Stand der Initiative und weshalb sie unnötig ist.

Christa Markwalder,
Nationalrätin BE

Eine kleine Anzahl von Unternehmen und Topmanagern in der Schweiz haben in den letzten Jahren mit überhöhten Boni und goldenen Fallschirmen Anstand und Mass verloren. Keine Frage: Hinter der Volksinitiative von Thomas Minder liegen nachvollziehbare Motive.

Blindwütige Regulierungen, wie es die Minder-Initiative verlangt, sind jedoch nicht zielführend, sondern es müssen gezielte Verbesserungen getätigt werden. Dafür bot die FDP-Liberale Fraktion stets Hand und arbeitete konstruktiv an Lösungen mit. So konnte in der Frühlingssession 2012 ein indirekter Gegenvorschlag von Parlament verabschiedet werden. Dieser müsste dem Volk nicht vorgelegt werden, sondern würde bei einer Ablehnung der Initiative automatisch in Kraft treten.

Direkter Gegenvorschlag im Parlament

Gleichzeitig arbeitet das Parlament intensiv an einem direkten Gegenvorschlag. Dieser soll in der Sommersession 2012 zur Schlussabstimmung kommen, sodass er zusammen mit der Minder-Initiative zur Abstimmung käme. Dieser, mit einer Bonussteuer versehene Gegenvorschlag, ist für die FDP nicht akzeptabel. Sie hat sich immer gegen eine Bonussteuer ausgesprochen und wird diese auch in der kommenden Session weiter ablehnen.

Minder-Initiative schadet der Schweiz

Die von Thomas Minder lancierte Volksinitiative fordert 24 neue Regulierungen für an der Börse kotierte Schweizer Aktiengesellschaften in der Bundesverfassung. Inhaltlich geht es um Abstimmungen über Vergütungen sowie um Verbote, Einschränkungen und Freiheitsstrafen für Unternehmen



Christa Markwalder

und Aktionäre. Die Initiative geht jedoch in vier Punkten deutlich zu weit. Diese schaden dem Wirtschaftsstandort Schweiz enorm und wurden des-

halb im indirekten Gegenvorschlag nicht berücksichtigt.

Die meisten Forderungen erfüllt

Die restlichen 20 Forderungen wurden alle im indirekten Gegenvorschlag berücksichtigt. Er stärkt die Rechte der Aktionäre und lässt die Eigentümer einer Aktiengesellschaft, also die Aktionäre, über die Löhne der Unternehmensspitze entscheiden. Dies entspricht dem Prinzip der Eigenverantwortung, indem der Eigentümer selbst entscheidet, wie hoch ein angemessener Lohn sein soll. Der indirekte Gegenvorschlag zur Minder-Initiative stellt somit einen wirtschaftsverträglichen Weg dar, Exzesse zu verhindern und den Unternehmen trotzdem genug Freiheit im unternehmerischen Handeln zu lassen. Ein solch liberales Aktienrecht bleibt eine wichtige Voraussetzung für den Erhalt von Arbeitsplätzen und der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Schweiz.

Warum die Bonus-Steuer ein Flop ist

Gabi Huber, Nationalrätin 
Fraktionspräsidentin

Der direkte Gegenentwurf zur Minder-Initiative, den das Parlament dem Volk neben der eigentlichen Volksinitiative zur Abstimmung unterbreitet, beinhaltet eine so genannte Bonus-Steuer. Danach müsste der Bezüger eine «sehr hohe Vergütung» voll und ganz versteuern. Das Unternehmen dürfte den Anteil der Boni, der über 3 Mio. Franken liegt, nicht mehr von den Steuern abziehen. Dieser Grenzwert ist völlig willkürlich gewählt worden.

Die Regelung ist inhaltlich identisch mit einer amerikanischen Regu-



Gabi Huber

lierung. Auch in den USA wurde versucht, mit Bundesgesetzen, exzessive Managervergütungen durch das Steuerrecht zu bekämpfen. Zu diesem Zweck nahm er man im Jahre 1993 eine Vorschrift in das Einkommensteuerrecht auf, welche die steuerlichen Abzüge nicht leistungsbezogener Vergütungen für den CEO und die vier bestverdienenden sonstigen Manager untersagt, sofern diese 1 Mio. US \$ übersteigen.

Bereits zuvor hatte der Steuergesetzgeber im Jahre 1984 die Abzugsfähigkeit bestimmter Abfindungszahlungen (so genannte goldene Fallschirme) eingeschränkt. Heute herrscht in

den USA weithin Einigkeit darüber, dass sich die Regulierung der Managervergütung durch das Steuerrecht als ein Fehlschlag erwiesen hat. Sie führte nämlich zu Umgehungen und förderte die Entlohnung in Optionen mit all den bekannten negativen Auswirkungen.

Nicht anders hinsichtlich der Wirksamkeit verlief das Schicksal einer schweizerischen Bonus-Steuer, welche letztlich nichts anderes als eine neue Unternehmenssteuer wäre. Die FDP-Liberale Fraktion lehnt deshalb den direkten Gegenvorschlag zur Minder-Initiative ab.

Ferien in der Schweiz



damit gute Erfahrungen gemacht. Dieses Jahr verbringen wir eine Woche der Ferien zu Hause in Baden und fahren eine Woche in die Innerschweiz. Die Innerschweiz bietet grenzenlose Ausflugsmöglichkeiten zum Spazieren und Wandern. Ich plane eine Tour vom Eigenthal auf den Pilatus. Die mehrstündige Wanderung wird mit einer fantastischen Panoramasicht in die Alpen belohnt. Für die Kinder gibt es am Pilatus Spielplätze, einen Klettergarten, eine Rodelbahn und vieles mehr. Die ganze Familie kann sich wohl fühlen. Natürlich darf ein feines Essen mit einem Glas Wein nicht fehlen. Gemeinsame Essen sind unter dem Jahr auf die Wochenenden beschränkt, umso mehr genieße ich es in den Ferien.

Stephan Attiger, Stadtmann, Grossrat und Regierungsratskandidat FDP Aargau, Baden

Normalerweise ist es im Sommer in der Schweiz schön und warm. Dies ist der Grund, warum ich und meine Familie die Sommerferien jeweils in der Schweiz verbringen. Bis auf das letzte Jahr, wo das Wetter nicht mitspielte, haben wir in den vergangenen Jahren

Ferienpläne Last Minute



wieder besuchen möchte. Auch eine ausgiebige Shopping-Tour mit meiner Tochter in dieser grossartigen Stadt wäre toll. Die schöne Ortschaft Paguera auf Mallorca dagegen hätte Strand, Meer und Dolcefarniente für sich, eigentlich genau das Richtige nach einer intensiven Zeit, um wieder Kräfte zu tanken und zu entspannen. Wahrscheinlich werden wir spontan Ende Juni entscheiden, wohin die Reise gehen wird. Und sollte doch alles anders kommen, dann werden meine Tochter und ich ein paar Tage am Walensee verbringen, wo mein Mann im Tell-Musical engagiert ist, und das Meer mit dem See tauschen.

Die Herbstferien dagegen sind dank der Planung meines Mannes schon gebucht: Dann geht es zwei Wochen nach Marokko.

Stephanie Eymann, Sektions- und Gemeindepräsidentin Eptingen, Eptingen

Meine Ferienpläne sind dieses Jahr wohl das, was man Last Minute nennt. Da ich mitten in den Anwaltsprüfungen bin, bleibt wenig Zeit zum Planen. Sicher ist aber, dass es entweder nach New York oder Mallorca gehen wird. Die Qual der Wahl also: In New York lebt meine Schwester, die ich endlich

Familienferien



Jahr war ich für einen Monat in Oxford. Ich werde dabei einen Kurs an der Horner School of English in Dublin absolvieren, der aus einem Standardkurs und Einzellektionen besteht. Der Grund, warum ich einen solchen kurzen Sprachaufenthalt mache, ist, dass ich im Sommer vom Gymnasium zum International Baccalaureate wechseln werde und ich mich darauf in kurzer Zeit möglichst gut vorbereiten will.

Ich habe mich für einen Sprachaufenthalt in Dublin entschieden, weil ich noch nie zuvor in Irland war und schon von vielen Bekannten gehört habe, dass es sich lohnt, an diese Destination zu reisen.

Ich freue mich auf eine spannende Zeit in Irland und hoffe, Ihnen schon bald von meinen tollen Erlebnissen berichten zu können.

Linda Seiler, Jungfreisinnige, Basadingen

In meinen fünfwöchigen Sommerferien werde ich als Erstes viel Zeit mit meiner Familie und meinen Freunden verbringen. Zwei Wochen meiner Ferien werde ich in einen Sprachaufenthalt in Irland investieren. Dies ist mein zweiter Sprachaufenthalt, letztes

Sommerferien



chen natürlich eigene Ferien. Im Sommer gehen wir sehr gerne wandern. Unser bevorzugtes Gebiet ist die Innerschweiz mit ihrer herrlichen Bergwelt. Beim Wandern kann ich gut abschalten und mich erholen. Ich habe dann auch Zeit, meine Gedanken zu sortieren und auf neue Ideen zu kommen.

Dieses Jahr möchten wir aber auch einmal ein ehemaliges Konzentrationslager wie zum Beispiel Auschwitz besuchen. Es muss ein besonders eindrückliches Erlebnis sein, an solch einem Platz zu stehen und die Atmosphäre auf sich wirken zu lassen. Da wird einem auf besondere Weise bewusst, dass sich so etwas nie mehr wiederholen darf. Ich finde es wichtig, dass solche Stätten erhalten bleiben und die Gräueltaten dokumentieren. Es ist die beste Prävention.

Albert Vitali, Nationalrat, Oberkirch

Diesen Sommer werden meine Frau Klara und ich Ferien von zu Hause aus machen. Dafür gönnen wir uns wie jedes Jahr drei Wochen. Unsere drei Söhne sind schon erwachsen und ma-

Wahlfreiheit, Arbeitsplätze, Migration und neue gesellschaftliche Realität

Liberaler Wege zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Frauen und Männer wollen heute eine aktive Rolle in der Familie und im Beruf übernehmen, haben oft viel in ihre Ausbildung investiert oder sind aufgrund der wirtschaftlichen Lage auf zwei Einkommen angewiesen. Doch leider ist es heute immer noch so, dass gerade Frauen immer noch allzu oft zwischen Familie und Beruf entscheiden müssen. Es fehlen die Strukturen, wir haben zu wenige und zu teure Krippenplätze, Teilzeitmodelle bis ins hohe Kader sind Mangelware, und wir sind immer noch weit davon entfernt, in den Gemeinden Tagesschulen anzubieten. Folglich haben nicht alle Bürgerinnen und Bürger eine Chance, Familie und Arbeit zu koordinieren. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist dementsprechend eine der grössten Herausforderungen, die die Schweiz in den nächsten Jahren meistern muss.

Berufstätigkeit

Die Wirtschaft leidet an Fachkräftemangel und braucht alle inländischen Arbeitskräfte, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Weiter hat die höhere Erwerbstätigkeit der Frauen und Männer einen dämpfenden Einfluss auf die Migration. Zudem sind immer mehr Familien auf zwei Einkommen angewiesen, da ein Einkommen angesichts der steigenden Lebenskosten, Bedürfnisse und Zwangsabgaben nicht ausreicht. Gleichzeitig ist die Berufstätigkeit bei einer Scheidungsrate von 50 Prozent nicht nur Schlüssel zur Eigenständigkeit, sondern auch Versicherung vor Armutsfalle und Sozialamt. Gerade für Alleinerziehende und getrennte Paare ist die Organisation der Kinderbetreuung oft ein organisatorischer und finanzieller Albtraum.

Tagessstrukturen

Tagesschulen, Mittagstische und weitere schulergänzende Betreuungsstrukturen werden von den ultrakonservativen Kräften (SVP) unseres



Familien sollen selber entscheiden, wie sie ihre Kinderbetreuung gestalten wollen. Die FDP/Die Liberalen setzt sich dafür ein, dass die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Landes vehement bekämpft und gehören immer noch nicht zum schulischen Alltag. Es mangelt an familienergänzenden Betreuungsplätzen und schuli-

schen Tagesstrukturen. Aktuell fehlen in der Schweiz immer noch 100 000 Betreuungsplätze.

Der Aufbau solcher Plätze kostet, ist

aber eine volkswirtschaftlich rentable Investition: jeder für Kitas investierte Franken schafft über höhere Kaufkraft, Steuereinnahmen und Sozialversicherungsbeiträge einen Nutzen von 3 bis 4 Franken. Positiv ist auch die Rechnung bei der Einführung flexibler Arbeitsplatzmodelle. Dank ihnen gewinnen Unternehmen neue, motivierte und gut ausgebildete Arbeitskräfte.

Finanzen

Neue Ansätze sind gefragt. Finanzierungsmodelle wie zum Beispiel die Betreuungsgutscheine oder die Einbindung der Wirtschaft zeigen, dass es möglich ist. Erste Pilotversuche laufen an, jedoch nur vereinzelt. Es gibt keine wirkliche politische Diskussion um die Suche nach alternativen Lösungen. Hier kann die FDP Pionierarbeit leisten und zeigen, dass gemeinsam mit der Wirtschaft liberale Lösungen umgesetzt werden können.

Die Steuerabzüge werden mit politischen Schachzügen immer wieder gebremst, und einmal mehr wird die Mittelschicht krass missachtet, indem der Fokus auf die sozial schwächeren Familien gelegt und die Mittelschicht vergessen wird. Die FDP fordert für die Bundessteuern einen maximalen Abzug von 24 000 Franken, CVP und SP wollen nur 12 000 Franken. Die SVP geht noch weiter: Sie ignoriert die steuerliche Benachteiligung für Eltern, die beide arbeiten. Und hat ihre Familieninitiative eingereicht, die will, dass Eltern steuerliche Betreuungsabzüge machen können, die ihre Kinder nicht fremdbetreuen lassen und somit kein zusätzliches Einkommen generieren.

Die Forderungen der FDP/Die Liberalen sind klar: Wir müssen familienfreundliche und moderne Rahmenbedingungen schaffen, die eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen. Gemischte Teams in der Wirtschaft, aber auch im Privatleben sind der Schlüssel für eine erfolgreiche und prosperierende Schweiz.

Richtige Rahmenbedingungen sind gefordert

Nationalrätin Isabelle Moret schafft es dank vielseitiger Organisation und Unterstützung, ihre Rollen als Mutter und als Nationalrätin unter einen Hut zu bringen.

Als zweifache Mutter weiss Nationalrätin und Anwältin Isabell Moret nur zu gut um die Problematik der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Schon vor der Geburt ihrer Tochter 2006 engagierte sie sich stark für familienergänzende Betreuungsmöglichkeiten. An befreundeten Paaren erkannte sie die Schwierigkeiten, das Familien- und das Berufsleben miteinander zu vereinbaren. «Bereits als frischgewählte Grossrätin habe ich mit Doris Cohen-Dumani eine Stiftung für Tagesstrukturen im Kanton Waadt lanciert.» Auch für den steuerlichen Abzug von Kosten für externe Kinderbetreuung war sie mitverantwortlich.

Kein Krippenplatz wegen unregelmässiger Arbeitszeiten

Persönlich lernte sie die Problematik bei der Geburt ihrer Tochter kennen. «Meine Mutter half mir, damit ich mit meiner Tochter auch während der Sessions zusammen sein konnte. Sie war viel Zeit hier in Bern, bevor sie in den Kindergarten kam», erzählt Moret. Um auch während der Session nicht auf ihre Kinder verzichten zu müssen, hat sie sich in Bern eine kleine Wohnung ge-



Isabelle Moret kann bei der Betreuung ihrer Kinder auf die Unterstützung ihrer Familie und einer Au-pair zurückgreifen.

mietet. Ihr einjähriger Sohn verbringt so die meiste Sessionszeit bei seiner Mutter. Gerne hätte die Lausanner An-

wältin ihn in einer Kinderkrippe untergebracht. Doch wegen ihrer unregelmässigen Arbeitszeiten im Nationalrat

fand Isabelle Moret keine geeignete Krippe. «Ich bedaure das sehr. Er hätte in einer Krippe Schweizerdeutsch lernen können. In diesem Alter wäre das einfach für ihn.» So kümmert sich nun eine Au-pair um Isabelles Morets Sohn.



Nationalrätin Isabelle Moret setzt sich dafür ein, dass Familien die nötigen Rahmenbedingungen erhalten, um ihren eigenen Weg bei der Kinderbetreuung zu wählen.



Der Einsatz für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erfordert viele Diskussionen mit den verschiedensten Akteuren.

Familieninterne Unterstützung

Zu Hause hat Isabelle Moret das Glück, auf familieninterne Unterstützung bei der Betreuung ihrer Kinder zählen zu können. «Mein Mann beteiligt sich so stark wie möglich, und ich habe das Glück, auf zwei wundervolle Grossmütter meiner Kinder zählen zu können.» Auch ihr Vater unterstützt die 41-Jährige bei der Erziehung.

Der Kampf für optimale Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird für Isabelle Moret aber weitergehen. «Es ist wichtig, dass jeder seinen Lebensweg frei wählen kann. Der Staat muss die richtigen Rahmenbedingungen für vielseitige Familienmodelle schaffen.»

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Kitas unternehmerisch führen

Mit der Eröffnung der ersten Kita sperantino seines nationalen Netzwerks setzt Nationalrat Otto Ineichen ein wichtiges Zeichen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dabei spielen für ihn nicht nur zahlbare Krippenplätze eine Rolle, sondern auch Berufsmöglichkeiten für Wiedereinsteigerinnen oder Attestlehrplätze. Eine Win-win-Situation für Familien, aber auch für Arbeitnehmerinnen.

Lisa Urech,
Projektleiterin Sperantino

Die erste Kita sperantino in Beromünster wurde fristgerecht und erfolgreich am 23. April 2012 eröffnet. In der Kita stehen 12 bis 15 Plätze für Kinder im Alter von 14 Wochen bis zum Kindergartenentritt zur Verfügung. Bereits sind 12 Kinder angemeldet und freuen sich an den freundlichen Räumlichkeiten im Studienheim Don Bosco. Ab Oktober sind nur noch einzelne Module (Vormittag oder Nachmittag) buchbar, da die Kita bereits zu 85 Prozent belegt ist.

Seit Anfang März 2012 kann die Stiftung Speranza auf Silvia Urech, eine erfahrenen Fachfrau im Kinderbetreuungsbereich, zählen. Als Projektleiterin setzt sie sich fachlich kompetent, rasch und pragmatisch für sämtliche Aufgaben für den Aufbau einer Kita ein.

Administrative Hürden sind hoch

Je nach Kanton und Gemeinde sind unterschiedliche Rahmenbedingungen für die Eröffnung einer Kita erforderlich. Besonders die gesetzlichen Bau- und Brandschutzbestimmungen erfordern ein höchstes Mass an Aufmerksamkeit und sind sehr hindernd, um eine Kita schnellstmöglich zu eröffnen.

Die erste Kita sperantino ist in einer bestehenden Institution integriert. Die gesetzlichen Bau- und Brandschutzmassnahmen sind bereits durch die Institution gesichert. Zusätzlich ist die Verpflegung der Kinder über die Institution garantiert. Demzufolge konnte die Projektleitung mit einem engagierten Handwerkerteam aus dem Dorf und Freunden aus dem eigenen Bekanntenkreis den Betrieb innerhalb von drei Wochen rasch aufbauen. Bei



Nationalrat Otto Ineichen: «Qualität muss nicht zwingend teuer sein.»

der Einrichtung beschränkte man sich auf das Wesentliche und lässt sich nun im Verlauf des Kita-Alltags sowie nach den Kinderbedürfnissen auf weitere Anschaffungen ein. Selbstverständlich konnte dank des guten Beziehungsnetzes von Otto Ineichen manche organisatorische Hürde leichter behoben werden. Z.B. Einkauf und Lieferwagen Otto's, Handwerker, Verpflegungslösung innerhalb der Institution, Zusammenarbeit mit der Gemeinde.

Netzwerk erleichtert Suche nach geeigneten Räumlichkeiten

Für den Aufbau einer Kita ist die Suche nach Räumlichkeiten sehr erschwerend und lässt manche engagierte Unternehmerin resignieren. Deshalb setzt sich das Kita-Netzwerk sperantino beharrlich für die Suche nach geeigneten und günstigen Räumlichkeiten in ländlichen Umgebungen ein, z.B. in Schulen, Pfarreien, Betagtenzentren, Laden- und Gewerbelokalitäten usw. Mit dem aufbauenden Beziehungsnetz unterstützt und fördert das



Administrative Hürden zur Errichtung von Kinderkrippen sollen abgebaut werden – zum Wohl der Kinder und zur Entlastung der Krippenführenden.

Kita-Netzwerk die Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Partnern wie Firmen, Gönner usw. für einen raschen und unkomplizierten Aufbau von Kitas.

Die hohen administrativen Hürden – vom Brandschutz über die Unfallverhütung, die Sicherstellung medizinischer Versorgung bis hin zur Einhaltung von Lebensmittelvorschriften – sind es auch, welche das Projekt sperantino hinter den gesetzten Zielen etwas zurückfallen lassen. Es braucht noch viel Überzeugungsarbeit, aber auch Veränderungen bei den Vorschriften, bis ein flächendeckendes Netz von Krippenplätzen garantiert werden kann.

Bezahlbare Plätze

Es ist dem Netzwerk sperantino ein Anliegen, dass die zur Verfügung stehenden Krippenplätze bezahlbar sind. In Beromünster kostet ein Krippenplatz 84 Franken pro Kind und Tag. Um dies zu ermöglichen, sind nicht nur günstige Räumlichkeiten gefragt,

sondern auch engagierte Kita-Leiterinnen, welche die Tagesstätte nach unternehmerischen Grundsätzen führen. Otto Ineichens Stiftung Speranza unterstützt die Leiterinnen in der Startphase in diversen Bereichen, um den Einstieg zu erleichtern.

Neues Ausbildungskonzept

Otto Ineichen ist überzeugt, dass der Zugang zur Kita-Betreuung niederschwelliger werden muss. So will er einerseits eine 2-jährige Attestausbildung aufgleisen, andererseits aber auch Wiedereinsteigerinnen ermöglichen, im Validierungsverfahren einen eidgenössischen Abschluss als Fachfrau Betreuung zu erlangen. Genügend Betreuungspersonal ist nötig, um ein flächendeckendes und bezahlbares Netz von Krippenplätzen aufzubauen. Entsprechende Vorstösse im Parlament werden von Otto Ineichen und der FDP-Fraktion geplant.

Nachgefragt

Es funktioniert – Parteipräsident Philipp Müller im Interview

Nach eineinhalb Monaten im Amt äussert sich Philipp Müller zu seinen ersten Erfahrungen und skizziert seine Zukunftsaussichten mit der FDP.

Herr Müller, Sie sind nun seit 41 Tagen im Amt. Wie fühlt es sich an, Präsident der FDP. Die Liberalen zu sein?

Es ist eine völlig neue Politwelt, die sich mir in den letzten Wochen aufgetan hat. Einfach zusammengefasst: weg von den Dossiers, hin zu den Menschen. Das heisst nicht, dass ich mich jetzt nicht mehr um die wichtigsten Politdossiers kümmere. Ich bin ja nach wie vor Mitglied der Wirtschaftskommission und der Staatspolitischen Kommission. Und da werden einige der wichtigsten Geschäfte beraten.

Sie betreiben Ihre eigene Generalbauunternehmung, sind Nationalrat und führendes FDP-Mitglied in den zentralen Parlamentskommissionen für Migration, Wirtschaft und Steuern, dreifacher Vater und nun Parteipräsident. Wie kriegen Sie das alles unter einen Hut?

Das frage ich mich auch manchmal. Aber es funktioniert. Ich bin gut organisiert, habe ein sehr starkes, hoch professionell arbeitendes Generalsekretariat im Rücken und lebe exakt nach meiner Agenda. Natürlich hat mein Arbeitstag mehr als die üblichen Stunden. Ich empfinde das Parteipräsidium aber eben nicht als Arbeit. Es macht auch viel Spass, und ich lerne die Schweiz kennen, da ich mich ja zurzeit auf einer eigentlichen Tour de Suisse befinde.

Was halten Ihre drei Töchter davon, nun einen Parteipräsidenten zum Vater zu haben?

Die Älteste fragt öfters, was denn damit alles verbunden sei. Die Mittlere studiert seit zweieinhalb Jahren an der Uni Sydney und bekommt das kaum mit, und die Jüngste ist noch nicht 16 Jahre alt und interessiert sich dementsprechend wenig für meine Tätigkeit.

Sie sind ein Kämpfertyp und haben sich Ihren Weg an die Spitze jeweils hart erarbeitet. Die FDP hat in den Wahlen 2011 eine Talsohle erreicht.

Wie kann Ihre Lebenserfahrung der FDP helfen?

Es ist wichtig, nicht nur ein gutes Produkt zu haben, das hat die FDP mit ihrer Politik. Es ist ebenso wichtig,

«Unser duales Bildungssystem bewirkt eine weltweit einzigartig niedrige Jugendarbeitslosenquote.»

dieses Produkt auch mit Enthusiasmus, Engagement und Freude den Leuten anzubieten. Das gilt im Unternehmerleben wie auch in der Politik. Die beste Politik nützt uns nichts, wenn wir bei den Wählerinnen und Wählern, die uns ja diese Politik in

Wahlerfolge ummünzen sollen, einen griesgrämigen Auftritt mit leidender Miene an den Tag legen.

Die Anfang Mai veröffentlichte Selects-Studie zu den Wahlen 2011 hat gezeigt, dass die FDP bei verschiedenen Gruppen unterdurchschnittlich schlecht abschneidet. Wie

wollen Sie die Altersgruppe der 35- bis 55-Jährigen oder die Geschiedenen explizit ansprechen, damit Sie in vier Jahren der FDP ihre Stimme geben?

Das sind genau jene Wählerinnen und Wähler, die mitten im Berufs- und Fa-

milienleben stehen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf dürfte hier eine zentrale Rolle spielen. Das ist nicht einfach eine familienpolitische oder gesellschaftspolitische Frage. Das ist vor allem auch eine ökonomische Thematik. Wozu bilden wir so viele Frauen gut aus, wenn wir gleichzeitig Hürden stehen lassen, die ihnen den Verbleib oder den Eintritt in die Arbeitswelt erschweren? Diese Hürden müssen weg. Daher befasst sich auch die erste Delegiertenversammlung unter meiner Ägide am 23. Juni mit dieser Thematik.

Sie betonten in Ihrer Antrittsrede, dass Sie sich von den Jungfreisinnigen inspirieren lassen wollen.

In welchen Bereichen sehen Sie das grösste Potenzial der Jungen?

Die Jungfreisinnigen machen Politik mit wesentlich mehr Freude und viel emotionaler als wir. Sie sind frech und provokativ. Die heutige Medienwelt ist ein ständiger Kampf um Aufmerksamkeit. Wenn man den herrschenden Grundlärm übertönen will, haben eben die Jungfreisinnigen damit die richtigen Rezepte. Daraus sollten wir lernen, von ihnen können wir abschauen. Das Potenzial der Jungfreisinnigen habe ich bereits an einigen Anlässen erlebt, sie haben sehr viele gute Köpfe, einige ausgesprochene Talente, die werden ihren Weg gehen und sind wohl kaum auf unsere Ratschläge angewiesen.

Der Lehrstellenmarkt zeigt, dass häufig anspruchsvolle Lehrstellen in technischen Berufen nicht mehr vergeben werden können, weil die Jugendlichen die nötigen Voraussetzungen nicht mitbringen. Stösst unser Bildungssystem in einer technisch immer anspruchsvolleren Welt an seine Grenzen?



Als Parteipräsident steht Philipp Müller im Fokus der Medien.

Die Ansprüche steigen, das ist so. Die Verakademisierung vieler Berufsgattungen ist eine Entwicklung, der wir besondere Aufmerksamkeit schenken müssen. Masshalten und nicht übertreiben ist gefragt. Trotzdem bewirkt unser duales Bildungssystem eine weltweit einzigartig niedrige Jugendarbeitslosenquote.

Frankreich rutscht nach links, die griechische Regierung ist zersplittert und Extremisten gewinnen und in Nordrhein-Westfalen wird eine Ministerpräsidentin gewählt, die in ihrer letzten Amtszeit Schulden anhäufte. Düstere Aussichten für Europa und die Demokratie generell?

Das hat nicht zuletzt auch mit dem System der repräsentativen Demokratie zu tun. In diesen Staaten können die Leute alle vier Jahre ihre Volksvertreter wählen, das wars dann aber auch schon. Abstimmungen zu Sachfragen, wie in der Schweiz, sind dort weitgehend unbekannt. Politiker neigen daher dazu, Versprechen zu machen, die sie niemals werden einlösen können. Sie haben viele Wohltaten versprochen, diese teilweise mit Schuldenmacherei finanziert, und nun droht eine Schuldenhöhle und ein Kollaps. Die Situation ist wirklich gefährlich und darf nicht unterschätzt werden.

Der Bankrott von Staaten ist früher undenkbar gewesen, heute ein Faktum, mit dem zu rechnen ist. Brechen aufgrund der Zahlungsunfähigkeit von Staaten soziale Unruhen aus, wird es brandgefährlich. So etwas kann rasch eskalieren und ausser Kontrolle geraten.

Es besteht aber auch die Hoffnung, dass sich Selbstheilungskräfte zeigen, die zu Sanierungsprogrammen, Strukturanpassungen, Aufhebung von Kartellen, Flexibilisierung der Arbeitsmärkte, Bekämpfung von Korruption, Staatsschlemdrian und Steuerhinterziehung sowie Reformen bei den Sozialwerken und zu Investitionen in Ausbildung und Infrastruktur führen. Europa muss sich erneuern, damit sich der Kontinent in zehn Jahren ähnlich erholt wie Asien nach der Krise der Neunzigerjahre. Kommt schlecht, ist eine Wiederholung der Dreissigerjahre des letzten Jahrhunderts aber nicht auszuschliessen.



Mit gutem Beispiel voran: Philipp Müller will die Politik der FDP mit Enthusiasmus, Engagement und Freude ans Volk bringen.

Wie soll die Schweiz in dieser politischen Situation agieren?

Alles, was bereits gut ist, noch weiter verbessern: Fitnessprogramm, um uns auf weitere Schwierigkeiten in unseren Exportmärkten einzustellen. For-

«Unsere Geschichte hat uns gezeigt, dass uns immer wieder etwas einfällt, um den Herausforderungen erfolgreich zu begegnen.»

cierte Öffnung gegenüber aussereuropäischen Staaten, Reform unserer eigenen Sozialwerke.

Und wie soll die Schweiz auf den Druck aus der EU reagieren, der gemäss Nachrichtendienst des Bun-

des eine der grössten Herausforderungen der kommenden Jahre ist?

Ruhe bewahren, auch wenn uns die EU bei den institutionellen Fragen zurückweist. Der Status quo ist zurzeit genügend. Mit einer forcierten Öffnung

nach aussen, hin zu Staaten ausserhalb Europas, könne wir das teilweise kompensieren.

Wichtig ist aber trotzdem die neue Aussenpolitik von Aussenminister Burkhalter, der nun die Priorität auf die Pflege der Beziehungen zu unseren

unmittelbaren Nachbarn gelegt hat. Das wurde zu lange vernachlässigt.

Was macht Sie zuversichtlich, dass die Schweiz innenpolitisch die Reformen und aussenpolitisch ihre Nische schaffen kann?

Unsere Geschichte hat uns gezeigt, dass uns immer wieder etwas einfällt, um den Herausforderungen erfolgreich zu begegnen. Bei drohender Gefahr von aussen steht die Schweiz traditionell wieder vermehrt zusammen. Noch ist es leider nicht so weit, weil die Bevölkerung die Gefahren noch nicht bemerkt hat, denn uns geht es trotz Krise im Ausland noch immer enorm gut.

Voraussetzung ist allerdings, dass die Parteien zusammenarbeiten wollen. Eine Zersplitterung der Politik durch neue Kleinparteien ist da wenig hilfreich.

Nötig ist vor allem auch ein Aufwachen der Wirtschaftselite. Es ist nun endlich Zeit, sich wieder auf die althelvetischen Tugenden der Bescheidenheit nicht nur bei den Boni, sondern auch bei den übertissenen Löhnen zu besinnen. Drohende Sozialrevolten in Europa werden ihre Ausläufer auch in der Schweiz haben – zuerst bei Abstimmungen wie zum Beispiel der Minder-Initiative. Nur wenn alle den Gürtel enger schnallen und die Wirtschaftsführer hier mit Eigenverantwortung vorangehen, werden wir die Reformen schaffen und unser liberales Land bewahren.

Bitte vervollständigen Sie folgende Sätze:

- › Eine Schweiz ohne Atomstrom gibt es... **eher später als früher.**
- › Wenn am Morgen der Wecker klingelt... **bekommt er eins aufs Dach.**
- › Entspannen kann ich... **mich bei den langen Zugfahrten auf meiner Tour de Suisse.**
- › Ich juble, wenn... **die FDP bei Wahlen zulegt.**
- › Ich gehe niemals... **zu Fuss zum nächsten Bahnhof, der liegt nämlich zu weit weg.**

Abstimmungen

Mini-Gesundheitsreform (Managed Care)

Unser Gesundheitswesen steht vor verschiedenen Herausforderungen. Drei wichtige Herausforderungen wollen Bundesrat und Parlament mit der Managed-Care-Vorlage angehen.

Heute haben die Versicherten die Auswahl zwischen verschiedenen Versicherungsmodellen, darunter auch das besondere Versicherungsmodell der integrierten Versorgung (Managed Care).

Nach 20 Jahren Erfahrung zeigt sich, dass Managed Care in drei Bereichen bessere Resultate erzielt für die Patienten. Die Versorgung in integrierten Versorgungsnetzen führt zu besserer Qualität, höherer Patientensicherheit und tieferen Kosten. Der Gesetzgeber will darum nun dieses Versicherungsmodell speziell fördern.

Die neue Versicherungsform ist aber kein Zwang. Jeder Versicherte kann weiterhin zwischen allen Versicherungsmodellen wählen.

Der Gesetzgeber fördert aber mit einem finanziellen Anreiz den Wechsel zur integrierten Versorgung. Versicherte, die sich für Managed Care entscheiden, zahlen 200 Franken weniger Selbstbehalt. Versicherte im Grundmodell bezahlen einen leicht höheren Selbstbehalt von maximal 300 Franken.

Keine «Jagd auf gute Risiken» mehr

Neben der Förderung von Managed Care wird als zweiter Punkt auch der Risikoausgleich unter den Krankenkassen neu geregelt. Ein verfeinerter Risikoausgleich mit zusätzlichen Kriterien verhindert die «Jagd auf gute Risiken», also Versicherte mit einem geringeren Krankheitsrisiko. Damit wird der Wettbewerb unter den Krankenkassen dank gleich langen Spießes fair. Das ermöglicht neue, innovative Versicherungsmodelle, die bisher infolge der falschen Anreize nicht angeboten wurden. Davon profitieren vor allem chronisch Kranke.

Als dritter Punkt werden neu sämtliche Leistungen während der Schwangerschaft von der Kostenbeteiligung der Behandlungskosten befreit. **Für werdende Mütter spielt es keine Rolle**



Gerade wer auf Grund seiner Krankheit viele verschiedene Medikamente nehmen muss, ist auf eine gute Absprache der behandelnden Ärzte angewiesen.

Managed Care:

- › **bewährt:**
Seit 20 Jahren ein Erfolgsmodell
- › **besser:**
Mehr Qualität durch Koordination
- › **sicherer:** Weniger Fehler und Komplikationen
- › **günstiger:** Vermeidung von unnötigen Behandlungen
- › **moderner:**
Zukunftsmedizin ist Teammedizin
- › **gerechter:** Fairer Wettbewerb durch Risikoausgleich
- › **nachhaltiger:**
Reduktion der Kosten

mehr, ob ihre Schwangerschaft komplikationsfrei verläuft oder nicht.

Zunehmende Zahl an chronisch Kranken

Chronische Krankheiten und Mehrfacherkrankungen sind die zentralen Herausforderungen für die medizinische Versorgung in westlichen Ländern. Nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation WHO werden im Jahre 2020 mindestens 60 Prozent aller Erkrankungen chronischer Natur sein. 43 Prozent der Gesamtbevölkerung und 70 Prozent der über 65-Jährigen werden an einer, häufig sogar an zwei und mehr chronischen Erkrankungen leiden.

Wichtige Gründe dafür sind die zunehmende Lebenserwartung sowie gesundheitsgefährdendes Verhalten im Alltag (Bewegungsmangel, Fehlernährung, Stress, übermässiger Konsum von Suchtmitteln usw.).

Schon heute sind chronische Erkrankungen für 86 Prozent der Todesfälle in der europäischen WHO-Region verantwortlich. Rund 70 Prozent der Gesundheitskosten in Europa und Amerika werden durch chronische Krankheiten und Multimorbidität ver-



Dr. Bernard Lutz ist Mitglied eines Ärztenetzwerks und ist überzeugt, dass seine Patienten optimal versorgt werden.

ursacht. Umgerechnet auf die Grundversicherung in der Schweiz sind dies 17 bis 18 Mrd. Franken im Jahr 2011.

Versorgungs- und Sicherheitslücken

Das heutige, auf die akutmedizinische Behandlung ausgerichtete Versorgungssystem wird den Bedürfnissen von chronisch kranken Patienten immer weniger gerecht: Sie haben häufig verschiedene Krankheiten zugleich. Ihre Betreuung ist komplex; meistens sind mehrere Fachleute daran beteiligt (Ärzte, Pflegepersonen, Apotheker usw.). Das verlangt einen nahtlosen Informationsaustausch zwischen den einzelnen Leistungserbringern. Zudem müssen die einzelnen Behandlungsschritte genau aufeinander abgestimmt sein. Beides ist im heutigen Versorgungssystem ungenügend ge-

währleistet. Trotz offenkundiger Fortschritte in der Therapie vieler Krankheiten belegen wissenschaftliche Untersuchungen, dass chronisch Kranke häufig nicht die Versorgung erhalten, die sie benötigen. Dadurch steigt das Risiko von Doppeluntersuchungen, schädlichen Wechselwirkungen von Medikamenten oder anderen Komplikationen.

Entwicklung der Krankheitskosten und Prämien

Die Summe dieser Entwicklungen ist im Wesentlichen für den stetigen Anstieg der Leistungen und der Prämien verantwortlich. Mit einem JA zu Managed Care am 17. Juni 2012 sollen die zweifelsohne weiter steigenden Gesundheitskosten um rund 1 Mrd. gedämpft werden. Ein wichtiger Beitrag, damit das System bezahlbar bleibt.

Fazit: Die Managed-Care-Vorlage ist eine solide Grundlage, um dringliche Probleme des Gesundheitswesens in der Schweiz anzupacken, nament-

lich die mangelhafte Betreuung von chronisch kranken Patienten. Darum setzt sich die *FDP.Die Liberalen* für ein JA ein – aus Liebe zur Schweiz.

Dr. Bernard Lutz ist Mitglied im Ärztenetzwerk Sämtimed. Sämtimed ist ein Netzwerk mit 37 engagierten Ärzten, darunter 30 Grundversorgern und 7 Spezialisten, in dessen Zentrum die Qualität sowie die kosteneffiziente Versorgung unserer Kunden steht. Um diese Qualität aufrechtzuerhalten, treffen sie sich regelmässig bis zu 12-mal pro Jahr zur Weiterbildung und zum Austausch medizinischer Fragen. Dabei ist der direkte Kontakt zu anderen Grundversorgern sowie zu Spezialisten ein zentrales Element. Ein wichtiger Aspekt bei der integrierten

Versorgung besteht darin, dass der Grundversorger Spezialuntersuchungen sowie Überweisungen koordiniert und dadurch Doppelspurigkeiten verhindert sowie problematische Medikamentenkombinationen frühzeitig erkennt. Damit können bei verbesserter Qualität unnötige Kosten eingespart werden. Die Qualität der medizinischen Versorgung steht im Zentrum der Interessen, denn nur eine gute Qualität garantiert längerfristig eine kosteneffiziente Versorgung und damit zufriedene und treue Kunden im Ärztenetz.

Wohneigentum für den Mittelstand

Die Vorlage «Eigene vier Wände dank Bausparen» erfüllt den Wunsch nach Wohneigentum, unterstützt den Mittelstand und konkretisiert einen Verfassungsauftrag. Ich bitte Sie daher, ein überzeugtes JA in die Urne zu legen.

Vincenzo Pedrazzini,
Vizepräsident *FDP.Die Liberalen*

76 Prozent der Schweizer Bevölkerung träumen von eigenen vier Wänden. Mit den heutigen Möglichkeiten ist dies nur schwer möglich. Denn alleine mit dem Vorbezug von Pensionskassengeldern ist es nicht getan. Richtigerweise verzichten viele auf dieses Mittel. Denn sich mit Wohneigentum für das Alter in Sicherheit zu wiegen ist gefährlich. Gerade in einer Zeit, in welcher die Preise auf einem Höchststand sind. Heute können sich nur 39 Prozent der Bevölkerung den Wunsch nach Wohneigentum erfüllen. Somit bleibt sinnvollerweise nur noch der Weg über das Bausparen, damit diese Quote erhöht werden kann. Kommt hinzu, dass der bestehende Verfassungsauftrag, Wohneigentum zu fördern, nun endlich konsequent umgesetzt wird.

Auch das von den Gegnern angeführte Neidargument, das Bausparen sei nur für die Reichen ein Vorteil, hält nicht stand. Im Kanton Baselland, wo das Bausparen bereits erfolgreich eingeführt ist, verdienen über 70 Prozent



Vincenzo Pedrazzini will mit dem Bausparen gerade jungen Familien den Traum vom Eigenheim erfüllen.

der Bausparer weniger als 100 000 Franken. Das sind Fakten, keine Behauptungen. Auch das Argument der Immobilienspekulation ist an den Haa-

ren herbeigezogen. Da nur für den erstmaligen Kauf von Wohneigentum gespart werden kann, besteht kein Anlass zu Angst vor Spekulanten.

Es gibt keinen Grund, sich gegen das Bausparen auszusprechen. Höchstens Neid. Also stimmen Sie mit einem überzeugten JA.

Die Vorlage kurz und bündig

Schweizweite Einführung eines moderaten und schlanken Bausparmodells:

- › Für den erstmaligen Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum
- › Maximaler Abzug vom steuerbaren Einkommen CHF 10 000.– (Ehepaare maximal CHF 20 000.–)
- › Befreiung der Bausparrücklage sowie der Zinsen darauf von der Vermögens- und Einkommenssteuer
- › Maximale Spardauer: 10 Jahre
- › Aufschub der Besteuerung nur, sofern selbstgenutztes Wohneigentum erworben wird

FDP.Die Liberalen befürwortet die Initiative. Die Förderung von Bausparen ermöglicht vielen gerade jüngeren Familien den Traum der eigenen vier Wände, schafft Arbeitsplätze und entspricht einem Anliegen der Bevölkerung.

- › **Bauen ermöglichen:** Bundesrat und Linke wollen den vorzeitigen Bezug von Pensionskassengeldern für den Kauf eines Eigenheims radikal beschränken. Viele Familien müssen fast ihren ganzen Sparbetrag in die Pensionskasse einzahlen. Bundesrat und Linke verbauen ihnen den Weg zum Eigenheim. Das Bausparen öffnet eine neue Möglichkeit.
- › **Verhinderung von tieferen Renten:** Bausparen ermöglicht den Kauf von Wohneigentum ohne Vorbezug von Pensionskassengeldern. So werden Rentenkürzungen verhindert.
- › **Anliegen der Bevölkerung:** 76 Prozent der Bevölkerung wünschen sich eigene vier Wände – der Staat muss dem gerecht werden und gute Rahmenbedingungen schaffen.

› **Rückstand gegenüber dem Ausland:** Mit 34 Prozent ist die Wohneigentümerquote in der Schweiz tief. Vergleich: Deutschland 43 Prozent, Frankreich 55 Prozent, Österreich 56 Prozent. Im einzigen Schweizer Bausparerkanton Baselland ist die Quote zumindest bei 41,5 Prozent. Bausparen funktioniert.

› **Sicherheit für junge Familien:** Die Möglichkeit des Steuerabzugs für den Erwerb von Wohneigentum ist speziell für junge Familien eine finanzielle Entlastung und erleichtert die Familien- und Zukunftsplanung.

› **Mehr Investitionen, mehr Arbeitsplätze:** Jeder Bauspar-Entscheid ist ein Investitionsentscheid. Mehr Investitionen führen zu mehr Arbeits- und Ausbildungsplätzen.

› **Tiefere Steuern, höhere Steuereinnahmen:** Wie Erfahrungen aus Baselland zeigen, kompensiert die erhöhte Wertschöpfung die Steuerausfälle. Unter dem Strich bezahlen die Leute weniger Steuern, und der Staat nimmt trotzdem mehr Steuern ein.

Liberales Feuerwerk in der Alkoholpolitik

Von innen, ohne äusseren Druck, demontiert die Eidgenössische Alkoholverwaltung (EAV) das gängige Alkoholsystem. Vom paternalistischen Staat wird Abschied genommen und die Strategie voll auf die tatsächlichen Herausforderungen ausgerichtet. Die Verwaltungskosten fallen um die Hälfte. Das liberale Herz ist von der Entbürokratisierung am konkreten Objekt begeistert.

Beat Schlatter,
Präsident FDP Service Public

Jedes Jahr besucht die Sektion «FDP Service Public» Bundesämter und lernt dabei Reformprojekte kennen. Noch selten wurde ihr eine derartige Totalreform vorgestellt wie beim diesjährigen Besuch in der Eidgenössischen Alkoholverwaltung. Es brauchte keine Anprangerung von aussen und auch keinen Vorstoss aus den eidgenössischen Räten. Der Wind drehte mit der Ernennung des neuen Direktors, Alexandre Schmidt. Der Bundesrat erteilte ihm den Auftrag der Totalrevision des Alkoholgesetzes und Überprüfung des ganzen Alkoholsystems. Drei Jahre nach dem Projektstart hat der Bundesrat nun die entsprechende Botschaft verabschiedet, die einen eigentlichen Epochenwechsel darstellt.

Erstmals geht in der Alkoholpolitik nun das neue Gesetz vom ehrlichen Hersteller aus. Bisher herrschten Misstrauen und ein Kontrolldickicht vor,



Alexandre Schmidt, Direktor der Eidgenössischen Alkoholverwaltung tritt im November als **Regierungsratskandidat** für die Stadt Bern an.

und die Produzenten wurden quasi unter Generalverdacht gestellt. Um dies zu ändern, werden nun konkret die drei bestehenden Alkoholmonopole aufgehoben. Von 43 Bewilligungen werden

gerade noch zwei aufrechterhalten, und durch einen Systemwechsel werden aus 48000 Steuerpflichtigen noch 3000. Der Datenverkehr soll konsequent via E-Government stattfinden. In der Kontrolle wird die Strategie auf die effektiven Probleme ausgerichtet.

Über Vereinheitlichungen zur eigenen Abschaffung

Zukünftig wird nur noch Trinkalkohol besteuert, womit spirituosenhaltige Lebensmittel von der Steuer befreit werden. Die Steuerprivilegien für Kleinhersteller werden vereinheitlicht, und Pauschalisierungen treten an die Stelle von Formularen und Belegen. Das System der Schnapsvögte wird aufgehoben. Der administrative Aufwand fällt frappant, sodass die Eidgenössische Alkoholverwaltung innert weniger Jahre die Hälfte ihres Personals abbaut.

Die Öffnung des Ethanolmarkts hat auch die Privatisierung der staatlichen Alcosuisse zur Folge. Sodann werden die Zuständigkeiten zwischen Bund und Kantonen einheitlich festgelegt, womit heutige Doppelspurigkeiten aufgehoben werden. All diese Reformen entziehen schlussendlich der ältesten Anstalt des Bundes nach 125 Jahren ihre Existenzberechtigung. Die EAV wird aufgelöst werden und deren Tätigkeiten in die Zollverwaltung integriert. Wer hat schon je ohne Auftrag sich selber abgeschafft? Auch beim Handel fallen alte Zöpfe: Das Wochenmarktverkaufs- und das Gratisdegustationsverbot für Spirituosen werden endlich aufgehoben. Die zu strengen Werbevorschriften für Schnäpse werden ebenfalls leicht gelockert.

Prävention und Verbote zum Schutze der Jugend

Das Liberalisierungsfeuerwerk bedeutet aber keinen Rückschritt hinsichtlich der Prävention. Einerseits wird

der Jugendschutz ausgebaut, andererseits setzt die Prävention beim heutigen Brennpunkt des problematischen Alkoholkonsums, der Nacht, an. Mit dem Detailhandels- und Happy-Hour-Verbot ab 22.00 Uhr sollen die billigsten Bezugsquellen von Alkohol in der kritischen Zeit versiegen und der Konsum wieder vermehrt innerhalb der Gastronomie stattfinden. Dieser sicherlich umstrittene Ansatz ist eine Antwort auf die effektiven Probleme. Denn der nächtliche, unkontrollierte Alkoholkonsum vieler Jugendlichen verursacht Sanitätseinsätze, Littering, Unfälle, Lärm, Vandalismus oder Gewalt. Die dadurch entstehenden enormen Kosten trägt heute die Allgemeinheit. Ohne das Detailhandels- und Happy-Hour-Verbot können die Probleme des nächtlichen Alkoholkonsums nur durch eine massiv erhöhte Polizeipräsenz eingeschränkt resp. die Kosten dem Verursacher auferlegt werden. Dies ist aber definitiv kein liberaler Weg.

EAV-Direktor Alexandre Schmidt in den Berner Gemeinderat

Seit 2008 ist Alexandre Schmidt Direktor der Eidgenössischen Alkoholverwaltung. Zuvor war er während sechs Jahren persönlicher Mitarbeiter der Bundesräte Villiger und Merz; davor Sekretär der Kommissionen für Wirtschaft und Abgaben des National- und des Ständerates. Er ist weiter Mitglied des Stadtparlaments von Bern. Die FDP/Die Liberalen von Bern haben ihn im ersten Wahlgang als Nachfolger für Barbara Hayoz für die Exekutive unserer Hauptstadt nominiert. Die Wahlen finden am 25. November 2012 statt. Die FDP Service Public unterstützt die Kandidatur ihres Mitglieds.

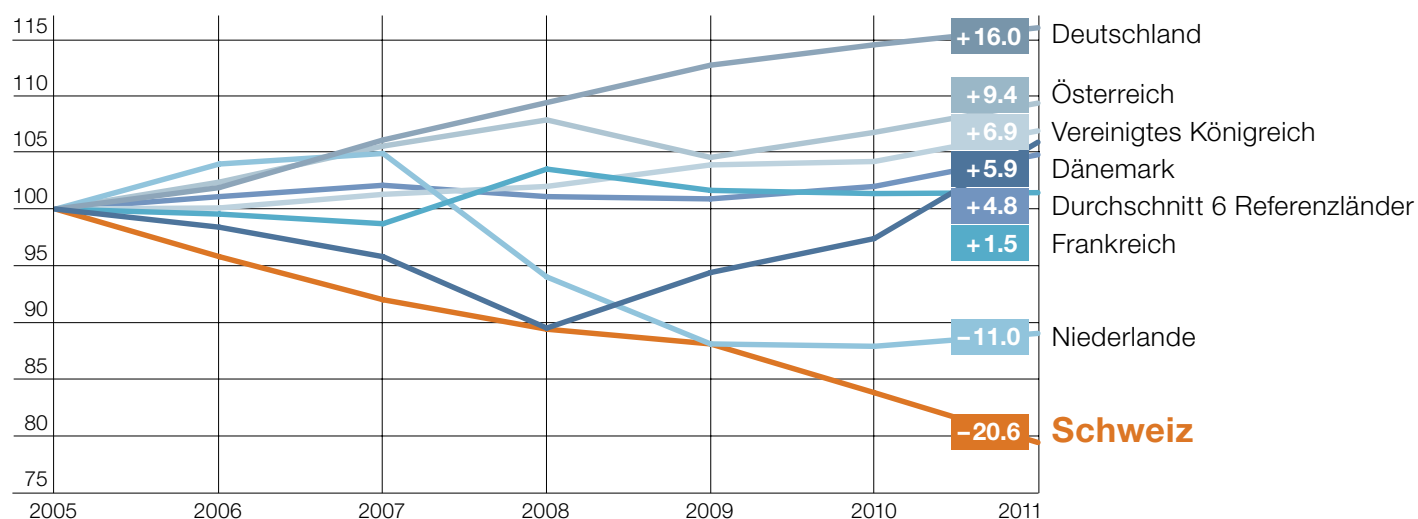


Die FDP Service Public zu Besuch bei der Eidgenössischen Alkoholverwaltung.

Medikamentenpreise sinken in der Schweiz seit Jahren

Harmonisierter Verbraucherpreisindex

Pharmazeutische Erzeugnisse (Index, 2005=100)



Quelle: Eurostat, 2012.

- **Sinkende Medikamentenpreise.**

Seit 2005 sind die Medikamentenpreise in der Schweiz um über 20% gesunken, während sie in fast allen anderen Ländern, an denen sich die Schweizer Preisbildung orientiert, angestiegen sind.

- **Geringer Anteil an Gesamtkosten.**

Der Anteil der Medikamente an den gesamten Gesundheitskosten ist in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken.

- **Wohlstand nicht gefährden.**

Sinkende Medikamentenpreise gefährden Arbeitsplätze in der Pharmaindustrie und damit den Wohlstand unseres Landes.

- **Wettbewerbsfähigkeit ausbauen.**

Die Schweiz als wettbewerbsfähiger Pharmastandort darf durch sinkende Medikamentenpreise nicht weiter geschwächt werden.

- **Dialog im Gesundheitswesen.**

Gegen steigende Gesundheitskosten müssen alle Beteiligten ihren Beitrag leisten. Kostensenkende Massnahmen ja, aber im Einvernehmen mit allen Partnern.

Interpharma

Verband der forschenden pharmazeutischen Firmen der Schweiz
Petersgraben 35, Postfach, CH-4003 Basel
Telefon +41 (0)61 264 34 00, www.interpharma.ch

interpharmaph